



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas



FRAUEN- BEWEGUNG



PALÄSTINAS



Oktober Nr. 10/1974

1,50 DM

Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell

Eröffnung der XXIX. UN-Sitzungs-
periode S. 3

Südlliches Afrika

Alfred Babing
Das Eldorado der internationalen
Konzerne S. 4-7

Moçambique

Der Vertrag von Lusaka S. 8-9

Äthiopien

Günter Ritter
Hintergründe der aktuellen
Entwicklung S. 10-12

Palästina

Christina Stockinger
Der 2. Kongreß der Generalunion
Palästinensischer Frauen S. 12-15

Südvietnam

Ngo Ba Thanh
Die Rolle der Dritten Kraft S. 16-17

Chile

Dokument chilenischer Christen
Komitee der Zusammenarbeit für
den Frieden in Chile S. 18-19

Brasilien

Miguel de Sousa, Francisco Ferreira
Die brasilianische Expansionspolitik
in Lateinamerika S. 20-25

Kurzinformation

Chile-Solidarität / Chile / Angola /
RSV-Saigon / Kongreß für Frieden,
Abrüstung und Zusammenarbeit S. 26-28

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer,
Steffen Lehdorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling,
Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel,
Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
P. Dietzel, D. Fendt, B. Hebel-Kunze, M. Hellmann,
O. Jäckel, J. Ostrowsky, G. Ritter, B. Schwiening

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. 10. 1974

Bitte beachten Sie den Aufruf zum Kongreß für
Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Eröffnung der XXIX. UN-Sitzungsperiode

Ende vergangenen Monats trat die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit der Eröffnung ihrer XXIX. Sitzungsperiode in die letzte Tagung des dritten Jahrzehnts ein. Am 26. Juni 1975 wird die UNO ihren 30. Jahrestag feiern. Bei der Gründung in San Francisco setzten sich die über den deutschen und japanischen Faschismus siegreichen Völker das Ziel der Schaffung einer internationalen, auf der Achtung der souveränen Gleichheit ihrer Mitglieder und ihrer kollektiven Verantwortung beruhenden Friedensordnung, die Gewaltanwendung bei der Lösung von Konflikten ausschließt und internationale Zusammenarbeit herbeiführen soll, "um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen" (Charta der Vereinten Nationen).

Diesem Ziel ist die UNO seither ein erhebliches Stück näher gekommen. Nahezu zwei Jahrzehnte lang zur Ohnmacht verurteilt und immer wieder in Gefahr, vom US-Imperialismus und seinen Verbündeten zum Instrument imperialistischer Interessen degradiert zu werden, eröffnen sich heute reale Perspektiven für die Verwirklichung entscheidender Fortschritte. Diese günstigen Voraussetzungen wurden insbesondere geschaffen durch die beharrliche, auf Entspannung, Abrüstung und Beseitigung kolonialer und rassistischer Unterdrückung gerichtete Politik der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Nationen. Der von den sozialistischen Staaten geförderte Prozeß der kolonialen Befreiung stärkte das Lager der anti-imperialistischen Kräfte in der Organisation der Vereinten Nationen. Ihrem Kampf ist es zu verdanken, daß die "Fraktion" der imperialistischen Mächte um die USA mit der Aufnahme der VR China und dem Hinauswurf ihres Vasallen Taiwan eine Niederlage eingestehen mußte. Eine Vielzahl von vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und anderen Nationen (z.B. Atomwaffenteststopp, Nichtverbreitung von Kernwaffen, Ostverträge) wurde im sich wandelnden internationalen Klima möglich und schufen ihrerseits günstigere Voraussetzungen für neue Schritte auf dem Weg zu Frieden und Sicherheit.

Heute sind es die Kräfte des Fortschritts, die entscheidend die Diskussionen der UNO prägen. Verhinderte früher die Abstimmungsdampfwalze der US-treuen Mehrheit jedweden Fortschritt (und war der sowjetische Widerstand im Sicherheitsrat gegen die Internationale der Reaktion für die imperialistische Presse Gegenstand zahlloser zynischer "njet"-Witzeleien), so spiegeln heute die Vereinten Nationen das gewandelte internationale Kräfteverhältnis in allen seinen Nuancen wider. Es wirkt nur mehr wie ein Hohn, wenn heute ausgerechnet US-Präsident Ford vor "Abstimmungsdampfwalzen" warnt.

Deutlicher Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses sind sowohl die mit 110 Punkten bisher umfangreichste Tagesordnung als auch die Wahl des algerischen Außenministers Bouteflika zum Versammlungspräsidenten. Algerien war Hauptwortführer der unabhängigen Nationalstaaten bei der sogenannten Rohstoffkonferenz der UNO im Frühjahr d.J., auf der die neokolonialistischen Praktiken der imperialistischen Mächte angeprangert und gegen ihren Widerstand verurteilt wurden; mit der Forderung, die Beschlüsse dieser Sondertagung zu reali-



sieren, sprach der sowjetische Außenminister Gromyko eine der Hauptaufgaben dieser Tagung an.

Gegen den Widerstand der USA und wechselnder Verbündeter wurden auch die Punkte Zypern und Palästina auf die Tagesordnung gesetzt; weitere Themen sind die Koreafrage, die Beschleunigung des Entkolonisierungsprozesses und eine Anzahl von Vorschlägen zur Friedenssicherung und Abrüstung. Seitens der Sowjetunion liegt ein Vorschlag für ein Verbot der Einwirkung auf die natürliche Umwelt und das Klima insbesondere zu militärischen Zwecken vor; im Zusammenhang mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und den Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) steht der Vorschlag zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz; konkrete Schritte stehen zur Debatte hinsichtlich der Verwirklichung der von der UdSSR initiierten Resolution der XXVII. Vollversammlung über das Verbot der Anwendung von Gewalt und von Kernwaffen.

Die Ausgangsbedingungen sind günstiger denn je. Auch die Rhetorik eines Kissinger oder die Penetranz Genschers, die sich in Allgemeinplätzen sowie vagen Drohungen ergingen, ändern an diesem Bild wenig. Deutlicher als andere Beispiele zeigt dies die Abstimmung der Vollversammlung über einen Ausschlussantrag gegen die Republik Südafrika; erstmals wurde der Antrag gestellt, die RSA wegen "flagranter Verletzung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte" auszuschließen - mit 125 gegen eine (Südafrikas) Stimme bei 9 Enthaltungen wurde dieser Antrag an den Sicherheitsrat angenommen. Die künftige Haltung der Bundesrepublik in dieser Frage, die sich bisher als deklamatorisches Bekenntnis zur UNO-Charta bei gleichzeitiger ständiger Verletzung der UNO-Beschlüsse erwies, verdient daher besonderes Interesse. Die Bundesregierung zur Anerkennung der Wirklichkeit in dieser Frage zu zwingen, bedeutet einen Beitrag zur Schaffung internationaler Beziehungen im Sinne der UN-Charta zu leisten und ist damit eine Aufgabe der Solidaritätsbewegung mit den Völkern Südafrikas.

Südliches Afrika

Das Apartheid-Regime der Republik Südafrika (RSA) kann seit Jahrzehnten seine völkerrechtswidrige Rassenpolitik praktizieren, weil es mächtige Kreise des Weltimperialismus um ihrer ökonomischen, politischen und militärstrategischen Interessen willen unterstützen. Zu den engsten Verbündeten Pretorias zählen die NATO-Staaten: die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland.

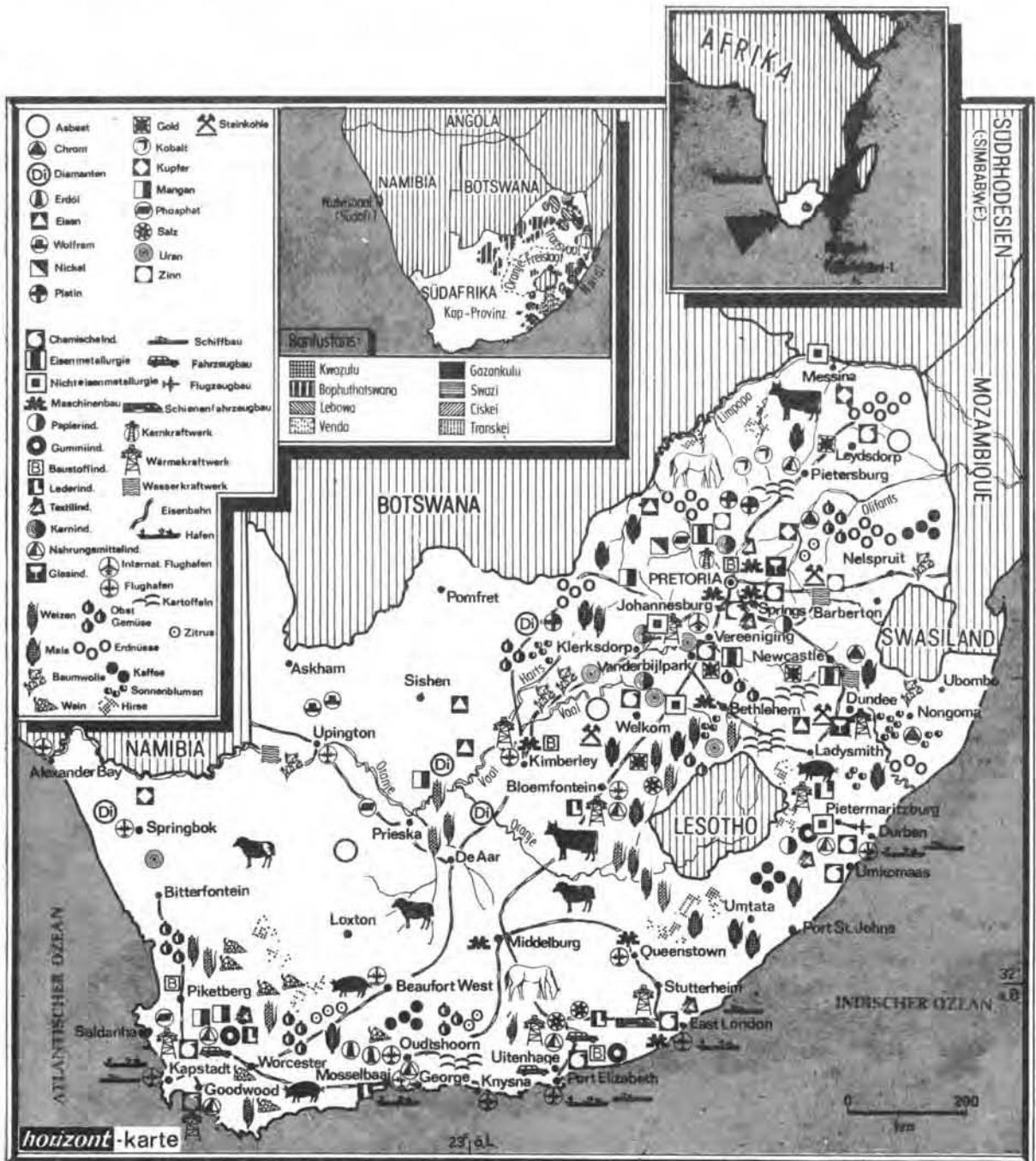
Die Bündnisbeziehungen zwischen den südafrikanischen Rassisten und den herrschenden Kreisen der BRD entwickelten sich besonders intensiv in den letzten Jahren: Südafrika wurde zur bevorzugten Kapitalanlagesphäre der westdeutschen Monopole in der sogenannten Dritten Welt. Ebenso forcierte Bonn die militärisch-atomare Zusammenarbeit mit der RSA und den Ausbau Südafrikas zum Stützpunkt der NATO.

Dr. Alfred Babing weist in der vom Solidaritätskomitee der DDR herausgegebenen Dokumentation "Im Bündnis mit den Rassisten Südafri-

kas" Umfang, Charakter und Ziele des Bündnisses BRD/NATO - RSA auf. Das von Babing zusammengetragene Fakten- und Zahlenmaterial stützt sich vor allem auf westdeutsche und südafrikanische Presseorgane. Daten und Tabellen sind auf den Stand von 1972/73 gebracht.

In dieser Nummer beginnen wir mit dem Abdruck der wichtigsten Kapitel dieser Broschüre. Der 1. Teil der Südafrika-Serie vermittelt einen Überblick über den Rohstoffreichtum und andere profitable Vorzüge Südafrikas, über den jüngsten Stand imperialistischer Kapitalinvestitionen sowie die Außenhandelsbeziehungen der RSA.

- In den folgenden Teilen unserer Südafrika-Serie werden als weitere Themen behandelt:
- Expansion und Lohnpolitik der bundesdeutschen Monopole in Südafrika,
 - die RSA als südlicher Vorposten der NATO,
 - Militärbündnis der BRD mit dem Apartheidregime und das atomare Komplott,
 - der westdeutsche Imperialismus und Namibia.



Alfred Babing

Das Eldorado der internationalen Konzerne

Rohstoffparadies des „freien Westens“

Die Bedeutung Südafrikas für die Rohstoffversorgung der imperialistischen Mächte erläuterte der südafrikanische Finanzminister Diederichs in einer Rede vor dem Exportklub München und der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, als er erklärte:

„Was unsere Bodenschätze anbetrifft, so wird die Bedeutung Südafrikas als Quelle strategischer Rohstoffe manchmal ungenügend beachtet. Auf dem Weltmarkt ist Südafrika der größte Erzeuger von Platin, der zweitgrößte Erzeuger von Chrom, Mangan, Antimon und Lithium und einer der wesentlichsten Erzeuger von Uran, Vanadium, Asbest, Kohle, Kupfer, Nickel, Eisen, Glimmer, Sillimanit und vieler anderer Mineralien. Südafrikas strategische Bedeutung beruht also offensichtlich nicht nur auf seiner geografischen Lage.“ (Südafrika-Post Nr. 10/1972, S. 381)

Wenn die Politiker imperialistischer Staaten – und auch die der BRD – ihr „unverbindliches Bedauern“ über den noch existierenden Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika ausdrücken, so verhehlen sie dabei in der Regel die handfesten ökonomischen Interessen der führenden imperialistischen Monopole an den reichen Rohstoffreserven dieses Gebietes. Hervorzuheben sind dabei vor allem die strategisch besonders wichtigen Bauxit- und Chromvorkommen in Rhodesien, die hochergiebigen Eisenerzvorkommen in Angola und Mocambique sowie die Diamanten- und Uranlagerstätten in Namibia und Angola einschließlich der neuentdeckten Uranvorkommen sowie die zahlreichen umfangreichen Rohstoffvorkommen in diesen Gebieten. Das große Interesse des Imperialismus am gesamten südafrikanischen Raum wird jedoch vorrangig von seinen Zielen gegenüber Südafrika bestimmt. Das gilt besonders für die Bodenschätze Südafrikas. Entsprechend dem Nachkriegs- und gegenwärtigen Erkundungsstand lagern dort im Verhältnis zu Gesamtafrika außerordentlich große Reserven. Südafrika ist mit 77,5 Prozent der Goldproduktion der kapitalistischen Welt deren Haupterzeuger. Es hat damit auf das wichtigste und stabilste Zahlungsmittel der kapitalistischen Welt einen entscheidenden Einfluß. Das Gold ist seit Jahren die wichtigste Position in Südafrikas Außenhandel und verleiht Südafrika auf den internationalen Gold- und Devisenmärkten eine hohe Zahlungstabilität. Südafrika besitzt nach neueren Erkundungen die größten bekannten Uranreserven der kapitalistischen Welt, die größten Kohlenvorräte Afrikas, (80 Prozent der bekannten Reserven), seit Jahrzehnten ergiebige Diamantenfelder sowie reichhaltige Eisenerze. Hinzu kommt, daß fast alle wichtigen Erze, wie Molybdän, Titan, Mangan, Wolfram u. a. in großen oder abbauwürdigen Mengen vorhanden sind. Unterschiedlichen Angaben zufolge werden in Südafrika 30 bis 50 verschiedene Mineralien gefördert. Damit verfügt Südafrika über alle wesentlichen natürlichen Voraussetzungen für die Entwicklung einer modernen Industrie. Ein

weiterer Grund für das Interesse der imperialistischen Mächte gegenüber Südafrika ist der relativ hohe Grad der industriellen und infrastrukturellen Entwicklung des Landes. In Verbindung mit den reichen Vorkommen an Bodenschätzen ist dieser Vorzug für eine schnelle und vorteilhafte Profitrealisierung sehr wichtig.

Anziehungskräftige Infrastruktur

Südafrika produziert ungefähr 40 Prozent der Industriegüter ganz Afrikas, 43 Prozent aller Mineralien, 80 Prozent der Kohle. Außerdem werden dort 50 Prozent mehr Strom als im übrigen Afrika und 300 Prozent mehr Stahl gewonnen, obwohl in Südafrika nur rund 7 Prozent der Bewohner Afrikas leben. Vergleiche dazu (R. Tetzlaff, Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Südostafrika, sozialistische Politik, Westberlin, April 1972, Blick durch die Wirtschaft, Frankfurt a. Main, 7. 10. 1972 und 23. 3. 1973, Süddeutsche Zeitung, 4. 4. 1973)

Diese Differenz hat sich vor allem auf Grund der wachsenden Auslandsinvestitionen bis zur Gegenwart ständig zugunsten Südafrikas verstärkt. Schließlich ist auch die besondere Bevölkerungsstruktur Südafrikas ein Grund für das wirtschaftliche Engagement des internationalen Monopolkapitals. Südafrika ist das Land mit dem höchsten Anteil weißer Bevölkerung in Afrika.

Die Rassisten verfügen über eine mehr als 300jährige Erfahrung in der Beherrschung des Landes und bei der Unterdrückung der Afrikaner. Sie haben sich auch die ökonomischen und politischen Machtpositionen im Lande gesichert und die rassistische Ideologie mit einem perfekten Ausbeutungsmechanismus verknüpft. Die Millionen afrikanischer Arbeitskräfte aus den südafrikanischen Reservaten und aus den afrikanischen Nachbarstaaten (600 000) stellen in diesem straff organisierten Ausbeutungsmechanismus ein billiges Arbeitskräftereservoir dar.

Die imperialistischen Staaten wollen dieses „Paradies“ des internationalen Monopolkapitals nicht verlieren. Deshalb sind ihnen die „stabilen Ordnungen“, wie die rassistischen und kolonialistischen Regimes nicht selten bezeichnet werden, durchaus akzeptabel und sie tun auch nichts, um den internationalen Boykott gegen diese Regimes wirksam werden zu lassen. Die bürgerlichen Publikationsorgane der BRD wissen die ökonomischen Vorteile aus dieser Haltung ausgiebig zu schätzen:

„Südafrika ist bei weitem der reichste Markt des ‚dunklen‘ Kontinents, ... Die meisten Konzerne richten sich ohne Rücksicht auf politische Quertreiber ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.“ („Plus“, Zeitschrift für Unternehmensführung, Düsseldorf, Nr. 6/1972)

„Es ist eine akzeptierte Tatsache, daß die Republik Südafrika für die westlichen Staaten nach wie vor der wichtigste Handelspartner auf dem afrikanischen Kontinent ist. Die Handelsstatistiken und zugleich das südafrikanische Interesse am überseeischen Kapitalmarkt (allein in der BRD nahm Südafrika 1972 Anleihen im Wert von rund 400 Millionen DM auf) wie auch die Angaben über westliche Investitionen in der südafrikanischen Wirtschaft beweisen es.“
(Internationales Afrika-Forum, München, Nr. 7/8, 1973, S. 399/400).

Tummelplatz des internationalen Monopolkapitals

Der außerordentlich große Einfluß des Auslandskapitals in Südafrika sowie die Verknüpfung der südafrikanischen Finanzoligarchie mit dem internationalen Monopolkapital werden im Bereich der Auslandsinvestitionen in Südafrika und den damit verbundenen ausländischen bzw. gemischten Monopolunternehmen besonders deutlich. Heute sind in Südafrika die führenden Monopole aller großen imperialistischen Staaten durch finanzielle Beteiligung oder durch eigene Tochterunternehmen vertreten. Rund 70 Prozent der Investitionen in der südafrikanischen Wirtschaft kamen im Jahre 1972 von ausländischen Industrieunternehmen und Banken. Die durchschnittliche Profitrate ausländischer Investitionen in Südafrika beträgt nach offiziellen südafrikanischen Angaben 15 Prozent. Die Höchstgewinne liegen zwischen 21 und 26 Prozent. Die Gesamtsumme ausländischer Investitionen in Südafrika wird mit unterschiedlichen Zahlen angegeben. Im Jahre 1960 betrug sie 4,1 Milliarden Dollar und stieg bis zum Ende des Jahres 1972 auf 8,16 Milliarden Dollar. Davon kommen 58 Prozent aus dem Sterlinggebiet, 15 Prozent aus dem Dollargebiet, 29 Prozent aus Westeuropa und 3 Prozent aus anderen Gebieten. Die Investitionen aus dem Sterlinggebiet verdoppelten sich in dieser Zeit auf 4,7 Milliarden Dollar, die Investitionen aus dem Dollarbereich (besonders US-Dollar) stiegen von 592 Mio Dollar auf 1,2 Mrd. Dollar. Die Investitionen Westeuropas erhöhten sich von 489 Mio



Dollar auf 2 Mrd. Dollar. Besondere Bedeutung kommt dem wachsenden Einfluß der Erweiterten Europäischen Gemeinschaft auf die Auslandsinvestitionstätigkeit in Südafrika zu. Nach neuesten Berechnungen beträgt ihr Anteil heute 82 Prozent.

(The Times, 15. 3. 1973, Frankfurter Rundschau v. 13. 7. 1973, Handelsblatt-Industriekurier, 26. 6. 1973)

Auffällig ist auch der relativ schnell ansteigende Kapitalexport der USA. Er betrug in den letzten 3 Monaten des Jahres 1971 = 51 270 500 Dollar und stieg auf 175 070 000 Dollar in der ersten Hälfte des Jahres 1972 (The Christian Science Monitor, 9. 9. 1972, Afrika Post 10/72, S. 382, Rheinischer Merkur, 6. 4. 1973, Blick durch die Wirtschaft, 1. 6. 1973, Afrika heute, Bonn, Nr. 23/24 1972, S. 503).

Das amerikanische Wirtschaftsmagazin Fortune vom Juli 1972 gibt die Kapitalanlagen der USA-Monopole und Banken mit insgesamt 900 Mio Dollar an und verweist darauf, daß 292 Gesellschaften der USA in Südafrika Niederlassungen oder Filialen haben. Anderen Angaben zufolge sollen es 375 Gesellschaften sein. Großbritannien verfügte bereits Ende 1968 über 490 britische Filialen in Südafrika. Mitte 1973 waren es rund 500 britische Unternehmen mit 8,4 Mrd. Mark Investitionen (Der Spiegel, Nr. 13/1973, S. 119).

Für die BRD hat sich die Zahl eigener Tochterunternehmen und Filialen inzwischen auf 400 erhöht. (Rheinischer Merkur, 6. 4. 1973). Aufschlußreich sind auch die Zahlen über die Profite ausländischer Unternehmen in Südafrika.

Der Profit der Anglo American Corporation belief sich nach Abzug der Steuern 1970 auf 38,9 Mio Rand und 1971 auf 41,1 Mio Rand (Zuwachs 5,6 Prozent). Der Profit des Anglo American Investment Trust betrug für 1971 nach Abzug der Steuern 16,8 Mio Rand und lag damit um 1,8 Mio Rand höher als 1970. (Afrika-Post, Nr. 10/1972, S. 198). Die British Leyland Motor Corporation erzielte 1970 und 1971 2,2 Mio Pfund Sterling Profite, die Rio Tinto Zinc 1971 = 12 Mio Pfund Sterling, die Elektrofirma Luca 1970 = 1,5 Mio Pfund Sterling.

Besonders hohe Profite wurden im Goldbergbau erzielt. Im Jahre 1972 betrugen sie 280 Mio Pfund (63 Prozent mehr als 1971), während die Lohnkosten noch nicht einmal 43 Mio Pfund ausmachten. (The Morning Star, 19. 2. 1973 und 13. 3. 1973).

Der Wettlauf um die Profite ist auch für die Zukunft ein lohnendes Ziel, dem das internationale Monopolkapital entgegenstrebt: „Daß Südafrika auch weiterhin als Partner interessant bleiben dürfte, geht aus enormen Projekten hervor, die Südafrika – teils allein, teils in Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten – schon in Angriff genommen hat bzw. in den nächsten Jahren verwirklichen will. Unter den ersteren sind in erster Linie Caborn Bassa und das Kunene-Projekt zu nennen, unter den letzteren ein umfangreiches Straßenbauprogramm und vor allem das sogenannte Sishen-Saldanha-Projekt (Eisenerzexport und Hafenbau), dessen Kosten auf 460 Millionen Rand geschätzt werden. An diesem Projekt sind hauptsächlich französische, holländische und westdeutsche Firmen beteiligt.

(Internationales Afrika-Forum, München, Nr. 7/8 1973, S. 399/400)

„Südafrikas Potential zieht große Summen ausländischen Kapitals an. Die

Investitionen stammen in weit größerem Umfang von bereits etablierten Gesellschaften als von Neankömmlingen. Das System der Subventionen ist sehr reizvoll . . ."

(„Plus“, Zeitschrift für Unternehmensführung, Düsseldorf, Nr. 6, 1972, S. 50).

Florierende Außenhandelsbeziehungen

Im Gegensatz zu den Beschlüssen und Empfehlungen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Gremien intensivierten die imperialistischen Hauptmächte und auch andere Staaten ihre Außenhandelsbeziehungen mit dem Rassisten-Regime, so daß ein internationaler Außenhandelsboycott mit Ausnahme der sozialistischen Staaten und afrikanischer Staaten faktisch nicht zustande kommt.

Außenhandel Südafrikas in Millionen Rand

	1971		1972	
	Export	Import	Export	Import
Insgesamt	1 555,—	2 878,—	2 003,—	2 820,—
davon				
Europa	775,—	1 573,5	1 051,—	1 490,—
Amerika	167,—	542,—	207,—	539,5
Asien	231,—	538,—	346,—	543,—
Großbritannien				
(Teil von Europazahlen)		—	573,—	550,—

(Afrika-Post 2/1973, S. 62)

Südafrika ist also in der Lage, im wesentlichen alle seine außenwirtschaftlichen Bedürfnisse über den Export und Import zu realisieren. Gleichzeitig ist es neben den portugiesischen Kolonien Angola und Mocambique zum wichtigsten Außenhandelsumschlagplatz zwischen Rhodesien und den imperialistischen Staaten geworden. Die wichtigsten Außenhandelspartner Südafrikas sind Großbritannien, die BRD, die USA, Japan und Frankreich. Die sich verschärfenden Konkurrenzbedingungen im Ergebnis der andauernden kapitalistischen Währungs- und Wirtschaftskrise haben dazu geführt, daß sich auch auf dem Südafrikanischen Markt der Konkurrenzkampf des internationalen Monopolkapitals trotz grundsätzlich gemeinsamer Interessen verschärft. Aus der Sicht der BRD-Monopole stellt sich dies wie folgt dar: „Die deutsche Industrie muß sich darüber im klaren sein, daß sie um ihren Marktanteil in Südafrika hart kämpfen muß. Die USA und Japan haben kräftig aufgeholt“. (Überseerundschau, Mai 1973, S. 8).

Den bedeutendsten Gewinn aus diesem Konkurrenzstreben erzielt das Rassistenregime selbst. Schon seit Jahren verfolgt es gemäß den mehrfachen Erklärungen südafrikanischer Politiker die Strategie, das wirtschaftliche Engagement des internationalen Monopolkapitals in Südafrika zu verstärken, um sich auch die politische Unterstützung der imperialistischen Hauptmächte bei der Abwehr der wachsenden internationalen Anti-Apartheidbewegung zu sichern.



Moçambique

Der Vertrag von Lusaka

Die Delegationen der Befreiungsfront von Moçambique und des portugiesischen Staates, die vom 5. bis 7. September in Lusaka zusammenkamen, stimmen hinsichtlich der Durchsetzung eines zum Frieden in Moçambique führenden Abkommens in folgenden Punkten überein:



Portugals Außenminister, Mario Soares, und der Vorsitzende der FRELIMO, Samora Machel

1. Ausgehend von der Anerkennung des Rechtes des Volkes von Moçambique auf Unabhängigkeit akzeptiert der portugiesische Staat, in Übereinstimmung mit der FRELIMO, die Übergabe der Befugnisse, die er in diesem Staat ausübt, gemäß den folgenden Modalitäten.

2. Die volle Unabhängigkeit von Moçambique wird am 25. Juni 1975, dem Jahrestag der Gründung der FRELIMO, feierlich proklamiert werden.

3. Folgende Regierungsstrukturen werden geschaffen, um die Übergabe der Regierungsmacht zu gewährleisten. Sie werden für die Dauer der Übergangsperiode wirksam werden von dem Moment der Unterzeichnung dieses Abkommens an:

- a) ein Hoher Kommissar, der vom Präsidenten der Republik Portugal ernannt wird;
- b) eine Übergangsregierung, die im Einvernehmen zwischen der FRELIMO und dem portugiesischen Staat gebildet wird;
- c) eine gemischte Militär-Kommission, einvernehmlich von FRELIMO und portugiesischem Staat gebildet.

4. Dem Hohen Kommissar als Vertreter der portugiesischen Staatsgewalt obliegt es:

- a) den Präsidenten der portugiesischen Republik und die portugiesische Regierung zu repräsentieren;
- b) die territoriale Integrität Moçambiques zu sichern;

c) die von der Übergangsregierung gebilligten Gesetzesverordnungen zu erlassen und die Akte zu ratifizieren, die eine direkte Verantwortung für den portugiesischen Staat einschließen;

d) die Durchführung der zwischen dem portugiesischen Staat und der Befreiungsfront von Moçambique abgeschlossenen Abkommen sowie die Respektierung der gegenseitig gegebenen Garantien zu gewährleisten, insbesondere jene, die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet sind;

e) den Entkolonialisierungsprozeß voranzutreiben.

5. Aufgabe der Übergangsregierung ist es, die allmähliche Machtübergabe auf allen Ebenen sowie die Vorbereitung der Unabhängigkeit Moçambiques zu veranlassen. Insbesondere obliegt ihr:

- a) die Ausübung der legislativen und exekutiven Funktionen in Bezug auf das Territorium von Moçambique. Die legislative Funktion wird durch Gesetzesverordnungen ausgeübt;
- b) die allgemeine Verwaltung des Territoriums bis zur Proklamation der Unabhängigkeit sowie die Umstrukturierung der jeweiligen Stellen;
- c) Verteidigung und Schutz der öffentlichen Ordnung und die Sicherheit von Menschen und Gütern;
- d) die Verwirklichung der zwischen der Befreiungsfront von Moçambique und dem portugiesischen Staat abgeschlossenen Abkommen;
- e) die wirtschaftliche und finanzielle Verwaltung des Territoriums, wobei sie insbesondere die Strukturen und Kontrollmechanismen stärkt, die zur Entwicklung einer unabhängigen moçambikanischen Wirtschaft beitragen;
- f) die Garantie des Prinzips der Nicht-Diskriminierung auf rassischem, ethnischem, religiösem oder sexuellem Bereich;
- g) die Umstrukturierung der Organisation des Gerichtswesens des Territoriums.

6. Die Übergangsregierung wird bestehen aus:

- a) einem Premierminister (der von der Befreiungsfront von Moçambique ernannt wird), dem es obliegt, die Tätigkeit der Regierung zu koordinieren und diese zu repräsentieren;
- b) neun Ministern, verteilt auf die folgenden Geschäftsbereiche: innere Verwaltung, Justiz, wirtschaftliche Koordinierung, Information, Erziehung und Kultur, Verkehr und Transport, Gesundheit und soziale Angelegenheiten, Arbeit, öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau;

c) Staats- und Unterstaatssekretäre werden vom Premierminister vorgeschlagen, von der Übergangsregierung bestimmt und vom Hohen Kommissar wird ihre Ernennung ratifiziert; d) die Übergangsregierung wird die Kompetenzaufteilung unter den Ministern, Staats- und Unterstaatssekretären bestimmen.

7. Unter Berücksichtigung des Übergangscharakters dieser Phase der Regierungstätigkeit werden die Minister zu zwei Dritteln von der FRELIMO und zu einem Drittel vom Hochkommissar ernannt werden.

8. Die gemischte Militär-Kommission wird zu gleichen Teilen aus Vertretern der portugiesischen Streitkräfte und der FRELIMO bestehen. Ihre hauptsächliche Aufgabe besteht in der Kontrolle des Waffenstillstandsabkommens.

9. Die Befreiungsfront von Moçambique und der portugiesische Staat kommen in dieser Urkunde überein, am 8. September 1974 um Null Uhr (moçambikanische Zeit) den Waffenstillstand zu beginnen, gemäß den Ausführungen des beigefügten Protokolls.

10. Im Falle schwerer Erschütterungen der öffentlichen Ordnung, die das Eingreifen der Streitkräfte erfordern, werden das Kommando und die Koordinierung vom Hohen Kommissar gewährleistet mit der Unterstützung des Premierministers, dem die Streitkräfte der Befreiungsfront von Moçambique direkt unterstellt sind.

11. Die Befreiungsfront von Moçambique und der portugiesische Staat erklären sich feierlich bereit, Bande der Freundschaft und der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern herzustellen und zu entwickeln, insbesondere im kulturellen, technischen und finanziellen Bereich auf der Grundlage der Unabhängigkeit, Gleichheit, Gemeinsamkeit der Interessen und der Respektierung der Würde jedes Volkes. Hierzu werden während der Übergangsperiode spezielle gemischte Kommissionen eingerichtet und die betreffenden Abkommen schließlich verwirklicht.

14. Die FRELIMO erklärt sich bereit, die finanziellen Verbindlichkeiten zu akzeptieren, die der portugiesische Staat im Namen Moçambiques eingegangen ist, vorausgesetzt, sie sind im effektiven Interesse des Territoriums eingegangen worden.

15. Die FRELIMO und der portugiesische Staat wollen gemeinsam handeln, um gemeinsam die Restbestände des Kolonialismus zu beseitigen und eine wirkliche Harmonie der Rassen zu schaffen. Hierbei bekräftigt die Befreiungsfront

von Moçambique ihre Politik der Nicht-Diskriminierung, wonach die Eigenschaft als Moçambikaner sich nicht durch die Hautfarbe definiert, sondern durch die freiwillige Identifizierung mit den Bestrebungen der moçambikanischen Nation. Andererseits werden besondere Abkommen auf der Basis der Gegenseitigkeit den Status der portugiesischen Bürger, die in Moçambique leben, und den der moçambikanischen Bürger, die in Portugal leben, regeln.

16. Um der Übergangsregierung die Durchführung einer unabhängigen Finanzpolitik zu gewährleisten, wird in Moçambique eine Zentralbank geschaffen, die zugleich die Funktionen einer Emissionsbank wahrnimmt. Für die Verwirklichung dieses Ziels wird der portugiesische Staat dieser Bank die Befugnisse, die Aktiva und Passiva der Moçambique-Abteilung der Nationalen Überseebank übergeben. Eine gemischte Kommission wird unmittelbar in Funktion treten, um die Bedingungen dieser Übergabe zu studieren.

18. Der unabhängige Staat Moçambique wird seine vollständige Souveränität in Innen- und Außenpolitik ausüben; dabei wird er die politischen Institutionen schaffen und das politische und soziale System wählen, die er als am besten im Interesse des Volkes betrachtet.

19. Die portugiesische Regierung und die FRELIMO beglückwünschen sich zum Abschluß dieses Vertrages, der den Krieg beendet und den Frieden wiederherstellt, zudem zur Unabhängigkeit Moçambiques führt und eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern eröffnet. Die FRELIMO, die im Verlaufe ihres Kampfes immer zwischen dem abgesetzten kolonialistischen Regime und dem portugiesischen Volk unterschieden hat, und der portugiesische Staat werden ihre Anstrengungen verstärken, um die Grundlagen für eine fruchtbare, brüderliche und harmonische Zusammenarbeit zwischen Portugal und Moçambique zu schaffen.

(Quelle: Portugal Hoje, Nr. 19, Lissabon 1974)



Äthiopien

Günter Ritter

Hintergründe der aktuellen Entwicklung



Die jüngsten Ereignisse in Äthiopien, die mit den Massenaaktionen der Studenten und Arbeiter sowie mit den Forderungen der Armee im Februar dieses Jahres¹⁾ eingeleitet wurden, haben ihren vorläufigen Höhepunkt in der Bildung eines 'Koordinationskomitees der Streitkräfte' und der Absetzung Kaiser Haile Selassies gefunden.

Um aber diese vordergründigen aktuellen Entwicklungen verstehen und einschätzen zu können, ist eine - wenn auch kurze - Betrachtung der historischen und sozialen Bedingungen notwendig, die zu den Veränderungen in Äthiopien²⁾ geführt haben.

Feudalherrschaft unter Haile Selassie

Seit 1916 regierte Haile Selassie Äthiopien als Regent, seit 1930 als Kaiser. In den ersten Jahren seiner Herrschaft beseitigte der Mann, der zugleich Kaiser, Oberkommandierender der Armee, oberster Richter und Oberhaupt der koptischen Kirche war³⁾, die Leibeigenschaft und die Sklaverei in Äthiopien und setzte die Aufnahme seines Landes in den Völkerbund durch. 1935, als das faschistische Italien

Äthiopien überfiel und schließlich besetzte, emigrierte der Kaiser nach Großbritannien. Erst 1941 konnte er an der Spitze von britischen Truppen und äthiopischen Freiheitskämpfern wieder nach Addis Abeba zurückkehren.

"In der Nachkriegszeit hatte sich Haile Selassie wohl eingedenk seiner Erfahrungen aus dem Unabhängigkeitskampf, besonders um die Freiheitsbestrebungen der afrikanischen Staaten bemüht. Er war einer der Initiatoren bei der Gründung der 'Organisation für afrikanische Einheit' (OAU), des Bundes der unabhängig gewordenen afrikanischen Länder, der sich 1963 in Addis Abeba konstituierte und seitdem dort seinen Sitz hat." 4)

Rückständigste Wirtschafts- und Sozialstrukturen

Das äthiopische Feudalsystem, das er repräsentierte, aber ließ der Kaiser unangetastet. Kennzeichnend für dieses System ist der Hunger, das Elend und die unbeschreibliche Armut der Masse der Bevölkerung und der unvorstellbare Reichtum einer kleinen Schicht von Feudalherren.

"Von den 25 Millionen Äthiopiern können nur 7% lesen und schreiben, etwa ebenso viele leben in Städten. Das durchschnittliche Jahreseinkommen ist mit 150 DM eines der niedrigsten, die Sterblichkeitsrate bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 35 Jahren eine der höchsten in Afrika - kein Wunder, denn obgleich Mangelkrankheiten aufgrund unzureichender oder einseitiger Ernährung sowie Geschlechtskrankheiten weit verbreitet sind, kommt nur ein Arzt auf 63 000 Einwohner." 5)

90% der äthiopischen Bevölkerung lebt auf dem Land. Die Landwirtschaft macht als bestimmender Faktor in der Wirtschaft des Landes 64% des Bruttosozialprodukts aus. Die wenigen vorhandenen Industriebetriebe befinden sich fast ausschließlich, d.h. zu über 80% in ausländischem Besitz. Das Bevölkerungswachstum nimmt gegenüber der produzierten Menge an Lebensmitteln ständig zu. Die feudalen Strukturen der Landwirtschaft verhinderten stets einen entscheidenden Produktivitätsanstieg der äthiopischen Wirtschaft.

"20% der bestellbaren Böden gehören der Kirche, 15% Mitgliedern der kaiserlichen Familie ..., 45% Vertretern der Hocharistokratie und Regierungsbeamten. Riesige Flächen bleiben überhaupt ungenutzt." 6)

Die Masse der Bauern besitzt kein eigenes Land, sondern hat als Pächter bis zu 50% des erwirtschafteten Ertrages an den jeweiligen Gutsherren abzuführen. Den Rest seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse benötigt der

Bauer meistens zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse.

Diese Form der Subsistenzwirtschaft hat zur Folge, daß nur ein geringer Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Äthiopien vermarktet wird. Das erhöht selbstverständlich das Außenhandelsdefizit des Landes, da ständig Lebensmittel eingeführt werden müssen.

„Wer arbeiten will, der ist nicht arm“

In Verbindung mit den überkommenen Besitzverhältnissen hemmen die veralteten Anbaumethoden entscheidend die Produktivität der äthiopischen Landwirtschaft: Noch heute sind Ochsen und hölzerne Pflüge, in einigen Teilen des Landes sogar die Hacke, die gebräuchlichsten Produktionsmittel der Bauern. Zwar ist in Ansätzen so etwas wie ein kapitalistisch organisierter Sektor in der Landwirtschaft entstanden, dieser erstreckt sich jedoch nur auf einige wenige Plantagen, deren Ertrag - meist Kaffee - zudem noch in der Regel exportiert wird.

Eine dringend notwendige Bodenreform wurde unter Haile Selassie niemals verwirklicht. Der Kaiser tastete seine eigenen Privilegien, die der koptischen Kirche und des Adels, nicht an. Vielmehr erklärte er:

"Arme und Reiche hat es immer gegeben, und wird es immer geben. Warum? Weil es Leute gibt, die arbeiten und andere, die nicht arbeiten, Leute, die verdienen wollen, und solche, die lieber nichts tun. Wer arbeitet, wer arbeiten will, der ist nicht arm. Es ist doch so, daß uns der Herr, unser Schöpfer, alle gleich in die Welt gesetzt hat, daß man bei der Geburt weder arm noch reich ist, - nur nackt. Später dann wird man reich oder arm, je nach Verdienst. Wir wissen, daß Geld verteilen nicht hilft, denn es gibt nur ein einziges Mittel, um dem Elend abzuhelpen: arbeiten!" 7)

Dürrekatastrophe und ihre Folgen

Die bürgerliche Presse hatte wieder einmal ihre Sensation: Die Schlagzeilen berichteten von den verheerenden Auswirkungen einer anhaltenden Dürre in der sogenannten Sahelzone und in Äthiopien.

In 9 der 14 Landesprovinzen Äthopiens lagen die Ernteverluste bei 75-80% und verendeten zwischen 80 und 90% des Viehbestands. Nach Angaben der UNO starben allein in der nördlichen Provinz Wollo zwischen 50.000 und 250.000 Bauern den Hungertod.

Heute steht fest, daß die kaiserliche Regierung nicht nur viel zu spät erste Schritte zur Hilfeleistung einleitete, sondern daß sie zugleich alles getan hat, um die Ausmaße der Katastrophe nicht bekannt werden zu lassen.

Fest steht auch, daß die feudale Struktur auf dem Lande, die keine Vorratswirtschaft kennt, in Zusammenhang mit den Vertuschungs- und Verharmlosungsmanövern der äthiopischen Regierung verantwortlich für die Hunderttausende von Toten ist.

Dies bewirkte nicht zuletzt die Entladung der sozialen Spannungen im Februar dieses Jahres, als Tausende für Reformen und gegen die Korruption des Regierungs- und Verwaltungsapparates demonstrierten.



„Vor einer leeren Schüssel“ — ein Bild aus den Hungergebieten Äthiopiens in den Provinzen Wollo und Tigre.

Machtergreifung des Militärs

Zunächst hatte Haile Selassie seine Stellung dadurch halten können, daß er seinen Vetter Makonnen zum neuen Ministerpräsidenten ernannte, die Soldforderungen der Armee erfüllte und eine neue Verfassung ausarbeiten ließ. Schon bald aber stellte sich heraus, daß der Monarch keine wirklichen Reformen wollte. Nachdem einige Wochen ohne wesentliche Veränderungen vergangen waren, verloren die Studenten, die Gewerkschaften und die Armee die Geduld. Makonnen wurde abgesetzt, viele Verwaltungsbeamte und Angehörige des kaiserlichen Hofes wurden wegen Korruptionsverdachts unter Anklage gestellt und verhaftet. Immer deutlicher "drängte das äthiopische Militär

Kaiser und Regierung in den Hintergrund", wie die FAZ am 9.7.1974 meldete.⁸⁾

Das Koordinierungskomitee der Streitkräfte war offensichtlich entschlossen, die feudale Struktur Äthiopiens zu zerschlagen. Ein neuer Verfassungsentwurf und seine Hauptbestimmungen bestätigten das:

"Zu den wichtigsten Bestimmungen den Entwurfs, der die seit 1955 geltende Verfassung ablösen soll, gehören die volle Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten dem Parlament gegenüber, die Möglichkeit politische Parteien zu bilden, sowie die Garantie für die Meinungsfreiheit." 9)

Solange jedoch Haile Selassie noch Kaiser war, erwies es sich als schwierig, die Reformen schnell zu verwirklichen. So beschnitt das Koordinationskomitee Schritt für Schritt die Machtbefugnisse des Monarchen.

Zunächst wurden nur Personen aus der nächsten Umgebung des Kaisers verhaftet und der Monarch zu Zugeständnissen gezwungen. Dem folgte die im Juli 1974 bekanntgegebene Umwandlung Äthiopiens in eine konstitutionelle Monarchie und im August d.J. die Auflösung

"der drei höchsten Instanzen des Kaiserreichs, auf denen die autokratische Macht Haile Selassies beruhte ...: des Kronrats, des Sondergeneralstabes und des Sondergerichtshofes, der über die Fälle entschied, die dem Kaiser zum Urteil vorgelegt werden sollten." 10)

De facto bedeutete dies bereits die Entmachtung Kaiser Haile Selassies.

Am 12. September 1974 gab der Vorsitzende des

Koordinationsausschusses der Streitkräfte und neue Staatschef General Andom die Absetzung und Verhaftung des 'Negus' bekannt. Haile Selassie wird beschuldigt, mehrere Milliarden Dollar aus Äthiopien herausgeschafft und in der Schweiz deponiert zu haben. Die Absetzung des Kaisers dokumentiert, daß die Armee mit ihrer Ankündigung, das äthiopische Feudalsystem zu zerschlagen, Ernst macht. Wie sich die Lage in Äthiopien in nächster Zukunft entwickeln wird, d.h. ob bürgerlich-demokratische Zustände hergestellt werden oder ob sich eine Militärjunta etabliert, läßt sich heute nicht mit Sicherheit sagen. Eines aber ist sicher: Das feudale Äthiopien des 'Negus Negesti Haile Selassie' gehört der Vergangenheit an.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB Nr. 3/1974
- 2) I. Doronin, Veränderungen in Äthiopien, Neue Zeit Nr. 35/1974
- 3) Vgl. DVZ vom 26.9.1974
- 4) DVZ vom 26.9.1974
- 5) W. Veit, Zu den Ereignissen in Äthiopien, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/1974
- 6) I. Doronin, Der Kaiser hat sein Recht verloren, Neue Zeit Nr. 38/1974
- 7) Afrika heute Nr. 10-11/1974
- 8) FAZ vom 9.7.1974
- 9) UZ vom 9.8.1974
- 10) DVZ vom 29.8.1974

Palästina

Christina Stockinger

Der 2. Kongress der Generalunion Palästinensischer Frauen

Vom 5.-10. August 1974 fand in Beirut im Gebäude der UNESCO¹⁾ der 2. Kongreß der Generalunion Palästinensischer Frauen (GUPW) statt. Das Motto des Kongresses lautete: "Die Mobilisierung der Kräfte der palästinensischen Frau ist eine wesentliche Stütze der Befreiungsbewegung". Mehr als 500 Delegierte der verschiedenen Zweige der Union - sie existieren in allen arabischen Ländern, in denen Palästinenser leben sowie in den besetzten Gebieten - hatten sich versammelt, um die spezifischen Probleme der palästinensischen Frau in der gegenwärtigen Phase des Befreiungskampfes zu diskutieren. Als Beobachter waren etwa 65 De-



legierte aus 26 Ländern anwesend: Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus der arabischen Welt; Vertreterinnen der Befreiungsbewegungen von Südvietnam, Dhofar, Guinea-Bissau, Südafrika und Zimbabwe; Abgesandte der verschiedenen europäischen Komitees, die die palästinensische Sache unterstützen; Delegierte aus nahezu allen sozialistischen Ländern sowie der Organisation für Afro-Asiatische Völ-

kersolidarität (AAPSO), der Internationalen Demokratischen Frauenföderation und der Kommunistischen Parteien des Libanon, Syriens und Frankreichs.

Entwicklung und Aufgaben der Generalunion

Im Juni 1965, wenige Monate nach der Ausrufung des bewaffneten Widerstands der Palästinenser, hatte der erste Gesamtkongreß aller palästinensischen Frauenorganisationen in Jerusalem stattgefunden. Schon Anfang 1967, als die PLO und andere Büros der Widerstandsbewegung geschlossen werden mußten, war die Union gezwungen, ihre Arbeit im Untergrund fortzusetzen. Im August 1967 wurde die Generalunion Palästinensischer Frauen neu organisiert und mit der steigenden Notwendigkeit der Teilnahme von Frauen am bewaffneten Kampf auf eine breitere Basis gestellt. Erweitert und gestärkt nahm die Union sofort neue Aufgaben in Angriff. Sie organisierte Sitzstreiks in Moscheen, Kirchen und Rotkreuzzentren gegen Folterungen von Gefangenen und gegen Deportationen in den besetzten Gebieten, lokale und internationale Aufklärungskampagnen, die Errichtung kleiner Betriebe in den besetzten Gebieten und den Verkauf der Erzeugnisse in der arabischen Welt. Die GUPW gibt eine eigene Zeitschrift heraus "Al Falastiniya Al Tha'ira" (die revolutionäre Palästinenserin) und richtete Trainingslager für die weibliche Miliz ein. Die Frauenunion machte es sich zur Aufgabe, das palästinensische Erbe, seine Kunst und Kultur zu erhalten, sie formierte Folkloregruppen, die die gesamte arabische Welt bereisen, sie bildeten Handarbeitszirkel, in denen die traditionelle Stickkunst gepflegt wird, sie erarbeiteten Zusatz-Lehrprogramme, mit denen die Kinder, die die UNRWA-Schulen²⁾ besuchen, in der Geschichte des palästinensischen Volkes unterwiesen werden. Die Union unterhält verschiedene Schulen, in denen neue Lehrprogramme erprobt werden, die einmal die Grundlage für ein palästinensisches Erziehungssystem bilden sollen. Die GUPW bildet außerdem im Zusammenhang mit dem Palästinensischen Roten Halbmond³⁾ medizinische Helferinnen aus, unternimmt Hygiene-Kampagnen in den Lagern, gibt dort Ernährungsprogramme aus (z.B. für Kindernahrung) und veranstaltet Kochkurse, um Fehlernährung abzubauen.

Die Aufgaben, die die Generalunion Palästinensischer Frauen heute wahrnimmt, sind unendlich vielfältig, denn sie sind - und das wurde auf dem Kongreß immer wieder betont - ein untrennbarer Bestandteil des schwierigen Kampfes des

gesamten palästinensischen Volkes um die Erlangung seiner legitimen nationalen Rechte.



Die GUPW ist Teil der Palästinensischen Befreiungsorganisation

Die Generalunion Palästinensischer Frauen ist ein Teil der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, und so war es selbstverständlich, daß zwei führende PLO-Vertreter, Ahmed Yamani von der "Volksfront" (FPLP) und Abu Iyad, der zweite Mann der Fatah, zu Beginn der Arbeit des Kongresses eine Einschätzung der aktuellen Lage der palästinensischen Revolution gaben. Abu Iyad betonte in seiner Rede, daß man die palästinensische Revolution stets als einen Teil der gesamtarabischen Befreiungsbewegung sehen müsse. Die Palästinenser könnten keinen Fuß ihres besetzten Landes ohne die Unterstützung der arabischen Massen befreien. Deshalb schätze er auch den Oktoberkrieg als einen wichtigen Schritt vorwärts ein, der die arabischen Soldaten von dem Gefühl der Unterlegenheit und Feigheit befreite; der ihnen zeigte, daß sie sehr wohl kämpfen und einem mächtigen Feind widerstehen können.

"Die arabischen Völker stehen hinter uns und wenn sie auch nicht voll für uns sind, so sind sie doch auf dem gleichen Weg". Auf die internationale Entwicklung und die Frage von Verhandlungen eingehend sagte er, "nicht wir haben uns geweigert zu verhandeln, sondern die Ägypter, Jordanier, Amerikaner und Zionisten haben sich geweigert, uns anzuerkennen". Jedoch die palästinensische Befreiungsbewegung beharre auf der Anerkennung ihrer nationalen Rechte.

Abu Iyad sagte aber auch, daß Bombenlegen auf Flughäfen, in Botschaften oder Fluggesellschaften nicht die Aufgabe der palästinensischen Befreiungsbewegung sei, sondern eher die Arbeit von Geheimdiensten, um die palästinensische Revolution zu diskreditieren. Die Person, die eine Bombe in einem Flughafen oder in einer Botschaft lege, sei dieselbe, die das palästinensische Volk aus seinem Land vertrieben sehen wolle.

Beide Redner gingen auch auf die besondere Rolle der Frauen auf allen Ebenen des Kampfes ein. Denn, wie Ahmed Yamani sagte, leiden die Frauen unter doppelter Unterdrückung - unter der, der das gesamte palästinensische Volk durch die zionistischen Okkupanten ausgesetzt ist, und zudem noch unter der Repression des rückständigen Gesellschaftssystems. Aber "der Kampf gegen Rückständigkeit und Unwissenheit interessiert nicht nur die Frauen, sondern alle fortschrittlichen Kräfte in der Bewegung." Gerade dieses gemeinsame Anliegen gibt den Frauen die Gewißheit, auch in ihren ganz speziellen Problemen auf die Unterstützung der gesamten Bewegung zählen zu können.

Die Arbeit der palästinensischen Frauen

Der zweite Kongreßtag war ganz den Grußadressen der Beobachterdelegationen gewidmet und die Palästinenserinnen hörten mit größter Aufmerksamkeit den Berichten zu.

An den folgenden Kongreßtagen hatten die Mitglieder der Beobachterdelegationen Gelegenheit, sich konkret über die Arbeit der GUPW in Beirut zu informieren, während die Mitglieder der Union über die internen Probleme und die zukünftigen Aufgaben berieten.

Das Programm war äußerst informativ und vermittelte einen Einblick in die Probleme und Schwierigkeiten aber auch in die bereits erzielten Erfolge der Arbeit der palästinensischen Frauen.

Die Palästinenserinnen haben einen festen Platz in ihrer Gesellschaft, und die bei uns landläufigen Ansichten über arabische Frauen sind auf sie nicht anzuwenden. Sie bewähren

sich überall, u.a. auch als Journalistinnen und Schriftstellerinnen in der Generalunion Palästinensischer Schriftsteller und Journalisten. Sulafah Hijawi und das Mitglied des GUPW-Exekutivausschusses, May Sayegh, sind z.B. sehr bekannte Poetinnen. Jedoch der Schwerpunkt der Frauenarbeit ist und bleibt in den Lagern, in denen die palästinensischen Massen bis heute unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen, wenn auch die Organisationen der Revolution dort die Lebensbedingungen entscheidend verbesserten. Die tägliche Kleinarbeit, die die palästinensischen Frauen in den Lagern leisten und die gar nicht so sehr an die Öffentlichkeit dringt, ist es vor allem, die das Bild der Palästinenserin heute prägt. Im Gespräch mit den Frauen im Lager Sabra lernten wir viele ihrer Schwierigkeiten kennen. Nur wenn man diese Lager gesehen hat, kann man sie verstehen: In dichtest aneinander gedrängte Hütten ohne Kanalisation, mit nur wenigen Brunnen etc. leben sie unter wahrhaft menschenunwürdigen Bedingungen. Die Zustände in den Lagern darf man nie vergessen, wenn man über Palästinenser spricht. Und trotzdem geben sie nicht auf. Die Frauen erzählten uns vielmehr sehr stolz, daß sie im Oktober einen Kindergarten eröffnen wollen - eine Einrichtung, die in der gesamten arabischen Welt noch recht wenig verbreitet ist - sowie eine neue Werkstatt und ein neues Nähzentrum. Nähkurse haben nämlich eine besondere Bedeutung. Sie sind kostenlos und geben vielen Frauen und Mädchen eine Existenzgrundlage, aber sie dienen auch der politischen Weiterbildung. Denn neben Nähen und Stricken lernen dort die Frauen auch noch einiges über die Lage ihres Volkes, seine Geschichte und die Möglichkeiten zur Veränderung der gegenwärtigen Situation.

Der Kampf um den Frieden im Nahen Osten

Besonders beeindruckend war der Besuch einer Basis der Fedaijin im Süden des Libanon, nicht weit von der israelischen Grenze.

Abu Khaled, der Verantwortliche für diese Partisanenbasis, betonte gleich zur Begrüßung:

"Wir kämpfen für den Frieden. Wir kämpfen für die Rückkehr in unsere Heimat. Wir kämpfen aber auch, um die Juden von der zionistischen Vorherrschaft zu befreien. Wir schreiten im Geist der Geschichte voran, aber der zionistische Feind versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen." Auf freiem Feld, im Schutz von Bäumen und Luftabwehrgeschützen, denn israelische Angriffe sind dort ständig zu erwarten, unterhielten wir uns sehr eingehend und offen mit den einfachen Kämpfern dieser Basis. Wir sprachen über ihre politische Bil-

dung, fragten sie, wie oft sie zu ihren Familien nach Hause fahren, aber auch über ihre ganz persönlichen Probleme wie die Angst, mit der sie zu kämpfen haben, wenn sie zu einer Aktion im besetzten Palästina aufbrechen. Am Ende dieses Besuchs waren sich alle Delegationsmitglieder darüber einig: Diese Männer, die meisten von ihnen schon älter und erfahren, sind keine Abenteurer. Sie haben sich nicht nur mit dem Schicksal ihres Volkes auseinandergesetzt, sondern auch sehr intensiv mit den Juden in Israel. Für sie ist der Zionismus nicht nur der eigene Feind, sondern auch der Feind der Juden selbst. Ihnen geht es nicht nur um die Befreiung ihrer Heimat und die Rückkehr dorthin, ihnen geht es um eine bessere Zukunft in diesem Raum, um Frieden für Juden und Araber. Sie sind sich ihrer hohen Verantwortung genau bewußt. Abu Khaled sagte dazu, daß sie es als einen ihrer Schwerpunkte betrachteten, ihre Kader auf das Zusammenleben mit den Juden vorzubereiten. Die Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina, in dem Juden, Christen und Moslems friedlich miteinander leben können, ist Ziel ihres Kampfes.



Am Nachmittag des 10. August fand die Abschlußkundgebung des 2. Kongresses der Generalunion Palästinensischer Frauen statt. Das Programm, das im Ergebnis der fünftägigen Beratungen angenommen wurde, reflektiert das politische Bewußtsein und den Widerstandsgeist der Delegierten der GUPW. Sicher, die politischen Auseinandersetzungen, die bei der Formulierung der Resolutionen stattgefunden hatten, waren hart und widerspiegelten die unterschiedlichen Tendenzen, die innerhalb der Union existieren, v.a. was die Errichtung einer nationalen Regierung auf jedem Teil des befreiten Territoriums angeht. Ein Kompromiß ist jedoch gefunden worden: Die palästinensischen Frauen ha-

ben diese Möglichkeit als den ersten Schritt im allgemeinen Kampf um die Befreiung Palästinas und die Errichtung eines demokratischen Staates, in dem alle Konfessionen friedlich miteinander leben können, akzeptiert. Die Hauptforderung richtete die GUPW als Appell an alle friedliebenden Kräfte in der Welt, sich für die politischen Gefangenen in den Gefängnissen Israels und Jordaniens und für die Anwendung der Genfer Konventionen einzusetzen.

Der neugewählte Exekutivausschuß der GUPW manifestiert in seiner Zusammensetzung, daß das Programm der GUPW von allen Organisationen getragen wird: 3 Unabhängige, 5 Fatah-Mitglieder, 1 Mitglied der FPLP, 1 Mitglied der Arabischen Befreiungsfront (ALF), 1 Mitglied der Al-Saika, 1 Mitglied der Demokratischen Volksfront und 1 Mitglied der FPLP/Generalkommando wurden in den Exekutivausschuß entsandt.

Höhepunkt der Abschlußveranstaltung war die Ansprache Yassir Arafats, des Vorsitzenden der PLO. In seiner Rede beglückwünschte er die GUPW zum Erfolg ihres Kongresses, der "alle unsere Hoffnungen und Voraussagen übertroffen"

hat. Er erinnerte auch noch einmal daran, daß die Palästinenser nun schon den längsten Befreiungskampf in der Geschichte führen - zehn Jahre.

Anmerkungen:

- 1) UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organization) ist die Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.
- 2) UNRWA (United Nations Relief and Works Agency) ist die Vertriebenenhilfe-Agentur der Vereinten Nationen und u.a. zuständig für die Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge.
- 3) Der Palästinensische Rote Halbmond ist eine von der PLO gegründete medizinische Hilfsorganisation.

Südvietnam

Über die "Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des südvietnamesischen Volkes" hat das Pariser Vietnam-Abkommen vom 27. Januar 1973 eindeutige Aussagen getroffen. In Art. 12 a) fordert es die beiden südvietnamesischen Parteien - die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) und die Saigoner Regierung - auf: "Unmittelbar nach dem Waffenstillstand sollen die beiden südvietnamesischen Parteien Konsultationen im Geiste der nationalen Versöhnung und Eintracht, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Nichteliminierung durchführen, um einen Nationalen Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht aus d r e i g l e i c h e n Komponenten zu bilden. Der Rat soll nach dem Prinzip der Einstimmigkeit arbeiten". (Vgl. AIB, Nr. 2/1973)

Das Saigoner Regime hat seither täglich unzählige Male gegen diesen Artikel 12 a) wie gegen alle anderen Bestimmungen des Pariser Abkommens verstoßen. Es akzeptiert als gleichberechtigten Verhandlungspartner weder die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam noch die Vertreter der "drit-

ten Komponente", deren gleichberechtigtes Mitwirken bei der Erfüllung des Abkommens durch den "Nationalen Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht" zum Kernstück der Vereinbarungen gehört.

Der folgende Beitrag wurde dem Bulletin Nr. 8, August 1974, der Botschaft der Republik Südvietnam in der DDR entnommen. Er faßt ein Interview zwischen Ngo Ba Thanh, einer führenden Repräsentantin der "dritten Komponente", und der französischen Zeitung L'Humanité zusammen. Er berichtet über den Terror der Thieu-Polizei auch gegen die Vertreter der "dritten Komponente" und nennt die Verantwortlichen für die Mißachtung des Abkommens beim Namen. Vor allem aber ist dieser Beitrag in besonderer Weise geeignet, den politischen Charakter der "dritten Komponente" zu erhellen.

Die politischen Unruhen, Demonstrationen und Streiks, die gegenwärtig die Situation in den Städten unter Thiens Herrschaft bestimmen, bestätigen die Äußerungen von Ngo Ba Thanh: "Trotz alledem bin ich optimistisch. Denn Thieu ist auf dem Weg, sich zu isolieren. Er wird immer unpopulärer..."

Ngo Ba Thanh

Die Rolle der Dritten Kraft

Frau Ngo Ba Thanh bestätigt zunächst mit Nachdruck den spezifischen Charakter der dritten Komponente: anerkannt von dem Pariser Abkommen als eine "gleichwertige und unabhängige", eine mit den beiden anderen Komponenten - der Thieu-Verwaltung und der Provisorischen Revolutionären Regierung - "gleichberechtigte" politische Kraft. "Sie steht weder auf der einen noch anderen Seite, noch identifiziert sie sich mit ihnen...; einziger Unterschied: Es handelt sich um eine politische, neutralistische, nicht um eine militärische Kraft".

Diese dritte Kraft umfaßt, so Frau Thanh, die große Mehrheit der Südvietnamesen, die große schweigende Masse. Verschiedene Organisationen,

"politische Inseln", bilden sie - einige seit 1964/65, "seit der direkten amerikanischen Militärintervention"; "Volks-, pazifistische, neutralistische" Organisationen, die heute "in der Volkskampffront für den Frieden, die das Rückgrat unserer Aktion ist", zusammengeschlossen sind. Zu den diese Front bildenden Organisationen gehören auch die um General Minh versammelten Gruppen, Katholiken.

Noch nie war die Unterdrückung so schwer

Welche Aktionsmöglichkeiten und Perspektiven haben diese Organisationen?

"Noch nie war die Unterdrückung so schwer wie seit dem Pariser Abkommen", sagt Frau Thanh, "aber ungeachtet aller Unterdrückungs- und Polizeimaßnahmen, wie wir sie bisher nicht gekannt haben, gelingt es uns trotzdem, einiges zu tun. Denn im Grunde hängt die Politik nicht vom guten Willen eines an der Macht befindlichen Diktators ab, sondern von der Kräfteverhältnis. Doch unabhängig von dieser günstigeren Position, die uns durch das Pariser Abkommen gegenüber der Thieu-Regierung zuerkannt wird, sind wir auch in einer günstigeren Position gegenüber der anderen Seite, der Provisorischen Revolutionären Regierung. Wir haben keine Komplexe mehr, um offen, ernsthaft und gleichberechtigt zu sprechen."

An Kadern fehlt es nicht. Sie wurden "ge-



schmiedet in den Gefängnissen ... Die große Mehrheit der politischen Gefangenen gehört der dritten Kraft an, z.B. der Vorsitzende unserer Sektion von Hué, der seit 1954 im Gefängnis ist, da er gleich nach dem Genfer Abkommen auf einer neutralen Basis gegen den Krieg gekämpft hatte." Was die Bevölkerung anbelangt, so "gibt es keine Schwierigkeiten. Ich habe Erfahrung, die Bevölkerung zu organisieren, die bereits durch die Repression politisch engagiert ist, sobald es ein Minimum an anerkannten politischen Freiheiten gibt..." Doch, "trotz alledem bin ich optimistisch. Denn Thieu ist auf dem Weg sich zu isolieren. Er wird immer unpopulärer, und nicht nur die große Masse, sondern auch Anhänger Thieus entfernen sich immer mehr von ihm und schließen sich ziemlich leicht den Reihen der dritten Kraft an. Wir tun alles, um sie zu empfangen, um den politischen Fächer der dritten Kraft,



Noch immer sind Tausende von Frauen im Konzentrationslager Con Son eingekerkert.

von links nach rechts, immer mehr zu erweitern. Sie wird dadurch beinahe ein Zentrum, ein liberales Zentrum."

Welche besonderen Aufgaben kommen der 3. Komponente zu?

Frau Thanh zufolge hätte diese dritte Kraft eine Rolle in der Anwendung des Abkommens spielen können:

"Wenn die einzelnen Verhandlungen in Paris und anderswo zwischen den beiden antagonistischen Gegnern gescheitert sind, so hängt das m.E. vom Fehlen der effektiven Vermittlerrolle ab, die wir unabhängig von der Hinterlist der Thieu-Regierung hätten spielen können. In jedem Fall ist Thieu verantwortlich. Denn hätte

er die Repression gegen die Neutralisten eingestellt, und bekämen wir ein wenig Aktionsfreiheit, so hätten wir das Gleichgewicht der Kräfte wieder herstellen können, und zwar durch den Versuch, das Kräfteverhältnis, das gegenwärtig auf militärischer Ebene besteht, in den politischen Bereich zu übertragen. Wir sind dazu nicht in der Lage, weil uns Thieu keinerlei Mittel gibt. Daher gibt es gegenwärtig nur eine Lösung: die militärische Konfrontation zwischen den beiden militärisch organisierten feindlichen Parteien."

Welche Lage herrscht gegenwärtig in Südvietnam?

"Es handelt sich wohl um die Vietnamisierung des Krieges und nicht um den Frieden und gewiß nicht um die Respektierung des Pariser Abkommens. Der Hauptverantwortliche für diese Lage, bzw. die gemeinsame Verantwortung tragen die Vereinigten Staaten und Thieu, da die USA sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einmischen, noch immer Thieu durch Waffen und Militärhilfe offen oder getarnt unterstützen. Daher geniert sich dieser auch gar nicht, so gut er kann, die Opposition im allgemeinen und die dritte Kraft insbesondere zu unterdrücken. Gleichzeitig ergreift er die Initiative zu militärischen Angriffen gegen die andere Seite."

Wie sieht die Zukunft Vietnams aus?

"Ob man will oder nicht, die Stabilität und die Sicherheit in Asien insbesondere hängen vom wahren, tatsächlichen Frieden in Vietnam ab, d.h. von der Versöhnung und nationalen Eintracht zwischen der dritten neutralistischen politischen Kraft, der Regierung der Republik Vietnam sowie der Provisorischen Revolutionären Regierung, um gemeinsam das Recht auf wahre Selbstbestimmung der ganzen Bevölkerung Südvietnams zu ermöglichen und zu einer wirklich repräsentativen Regierung aller Südvietnamesen zu gelangen.

Später wird man über Verhandlungen zu einer Lösung kommen, die zur Vereinigung von Süd- und Nordvietnam führen wird. Eine Nation ist eine Seele. Trotz zeitweiser Teilungen, trotz geschichtlicher Wechselfälle, bleibt sie eins. Was mich betrifft, so bin ich, ein Flüchtling aus Nordvietnam, davon überzeugt, daß meine Generation diese Vereinigung erleben wird. In jedem Fall bin ich eine glühende Verfechterin davon."

(Quelle: Bulletin der Botschaft der Republik Südvietnam in der DDR, Nr. 8, August 1974, S. 1-3)

Chile

Im Oktober 1973, nur einen Monat nach dem blutigen Putsch vom 11. September, gründete sich in Chile auf Initiative geistlicher Würdenträger und Pfarrer das "Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden in Chile".

Die humanitäre Arbeit des Komitees bei der Betreuung von Inhaftierten, Hinterbliebenen, Flüchtlingen und Arbeitslosen, sein Engagement für die von der Junta verfolgten chilenischen Patrioten ist beredter Ausdruck für die Haltung eines immer größeren Teils der chilenischen Kirchen, der angesichts des blutigen Elends im Lande gegen die faschistischen Militärs Stellung nimmt. Durch ihr mutiges Eintreten für die Menschenrechte in Chile haben die Mitarbeiter des Komitees die Achtung und Anerkennung der chilenischen Patrioten und der internationalen Solidaritätsbewegung gewonnen.

Das Komitee arbeitet in Chile legal. Sein Mitbegründer und Vorsitzender, der evangelische Bischof von Chile, Helmut Frenz, war gerade in den letzten Wochen das Ziel heftiger Angriffe

von Seiten der Junta und reaktionärer Deutsch-Chilenen, die eine Pressekampagne gegen ihn entfachten. Anfeindungen kamen auch aus konservativen Kreisen der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD). Trotzdem kann sich Bischof Frenz auf die überwältigende Mehrheit des evangelischen Klerus in Chile stützen.

Das folgende Dokument ist eine kurze Selbstdarstellung des Komitees und seiner Arbeit. Die Redaktion ist der Meinung, daß seine Verbreitung in der BRD dazu beitragen kann, daß die Kirchen unseres Landes diesem Beispiel folgen und - wie bereits viele Pfarrer vor ihnen - ihr beschämendes Schweigen zum blutigen Terror in Chile aufgeben.

Kontaktadresse des Komitees in Chile:

Comité de Cooperación para la Paz
Secretario General: Fernando Salas S.J.
Santa Monica 2338
Santiago de Chile

Dokument chilenischer Christen

Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden in Chile

"Die Kirchen sind aufgerufen, in ihren Predigten und ihrem Unterricht, einschließlich dem theologischen Unterricht, die biblische Sicht der Einheit der Menschen, die von Gott gegeben ist, darzustellen und die konkreten Konsequenzen für die weltweite Solidarität der Menschen und eine gute Verwaltung der Güter der Erde daraus zu ziehen." (4. Tagung des Weltkirchenrats, 1968)

"Wir wünschen den Chilenen eine Brüderlichkeit, die auf ein echtes und gegenseitiges Verständnis durch eine wirksame und ehrliche Versöhnung gerichtet ist; einen Frieden, der solide gebaut ist auf dem Schutz des Lebens, der moralischen und materiellen Güter und der Grundrechte aller Menschen als unerläßliche Voraussetzung für die Entwicklung eines sozialen Fortschritts zum Wohle aller - insbesondere zum Wohle der Ärmsten - für den alle frei und bewußt ihren Beitrag leisten können."

(Worte Pauls VI. zum chilenischen Botschafter beim Heiligen Stuhl, 1974)

Was ist das Komitee?

Das Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden in Chile ist eine Organisation, die im Oktober 1973 von Pfarrern der Katholischen, Methodistischen und Lutheranischen Kirchen sowie der Israelischen Gemeinde gegründet wurde und in dem auch der Weltkirchenrat repräsentiert ist. Den Vorsitz führen Monsignore Fernando Ariztia, Hilfsbischof von Santiago und Helmut Frenz, evangelischer Bischof von Chile und ständiger Vertreter des Weltkirchenrats.

Warum wurde es gebildet?

Infolge der Geschehnisse in unserem Land, im September 1973, wandten sich viele Menschen an die verschiedenen Kirchen, die in Chile existieren, um wegen ihrer eigenen Probleme oder der ihrer Familienangehörigen, wegen Verhaftung, Verschwinden von Personen, Tod, Arbeitslosigkeit etc. Trost und Hilfe zu suchen. Viele von ihnen besaßen nicht die nötigen ökonomischen Mittel, um die Zeit der Not zu überstehen. Jede der Kirchen entfaltete maximale Anstrengungen, um den Notleidenden zu helfen. Bald befanden sie, daß die Arbeit, die jeder für sich aufgenommen hatte, organisiert werden müßte, mit dem Ziel, die Kräfte mittels einer gemeinsamen Institution zu koordinieren, die gleichzeitig ihr gemeinsames Eintreten für den Frieden in Chile repräsentieren sollte.

Was ist das Ziel?

Das Ziel des Komitees ist es, für einen dauerhaften Frieden in Chile, der auf Gerechtigkeit beruht, das Seine zu tun. Dieser Friede ist die einzige Möglichkeit, die unser Land in eine Erde von wirklichen Brüdern verwandeln kann.

Wie arbeitet es?

Das Komitee arbeitet in Santiago und in verschiedenen Provinzstädten wie Antofagasta, La Serena, San Felipe, Los Andes, Valparaíso, Rancagua, Curicó, Talca, Chillán, Concepción, Temuco, Puerto Montt und Punta Arenas.

Um die Ziele von Frieden und Gerechtigkeit zu erreichen, hat das Komitee seine Aktionen in verschiedene Bereiche aufgeteilt.

Justiz: Es wirkt für die legale Verteidigung von Gefangenen und solcher, die vor Gericht stehen, für die Verteidigung der Rechte der Verurteilten und versucht, Personen ausfindig zu machen, die inhaftiert wurden und deren Aufenthaltsort unbekannt ist.

Arbeitsleben: Es leistet Hilfe für arbeitslose und entlassene Arbeiter.

Studentische Angelegenheiten: Es kümmert sich um die Studenten, die aus Schule oder Universität entlassen oder ausgeschlossen wurden, unterstützt sie bei der Überreichung von Bittschriften oder versucht, Stipendien ausländischer Institutionen zu erhalten.

Solidarität und Entwicklung: Es sorgt sich um die Finanzierung und technische Unterstützung für die Einrichtung von kleinen Betrieben, die wenigstens teilweise der Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollen.

Unterstützung: Diese Abteilung ergänzt Justiz und Arbeitsleben. Hier werden sozioökonomische Probleme behandelt, die aus Arbeitslosigkeit, Inhaftierung, Verurteilung oder Tod resultieren. Das Komitee übernimmt auch Fürsorgeaufgaben. Es unterhält Beziehungen zu anderen Institutionen, vor allem religiösen, mit dem Ziel, Hilfe für die Notleidenden zu koordinieren, vor allem in Bezug auf Ernährung, Kleidung und Gesundheitsfürsorge.

Provinzen: Es orientiert und koordiniert die Büros in den Provinzen untereinander und mit der Hauptstadt.

Was ist bisher geschehen?

Von seiner Gründung an bis heute sind mehr als 15.500 Personen in den Büros des Komitees in Santiago und den Provinzen mit einer Bitte um verschiedenartige Hilfe vorstellig geworden. So hat die Abteilung Justiz 3.700 Fälle bearbeitet, darunter 860 Fälle, wo gegen Personen ein Prozeß angestrengt worden war. Das Komitee konnte 430 von ihnen eine legale Verteidigung beschaffen.

Die Abteilung Arbeitsleben hat 4.136 Fälle bearbeitet, darunter 2.232 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst und 1.904 aus dem privaten Sektor.

Die Abteilung Unterstützung half 2.650 Familien mit Lebensmitteln, 403 Familien mit Kleidung, 284 mit finanziellen Mitteln; 205 Familien erhielten Fürsorgeunterstützung und 580 das Reisegeld für den Besuch von gefangenen

Familienangehörigen an verschiedenen Orten des Landes, wie z.B. Chacabuco. Außerdem wurden Reisen zum Besuch von Gefängnissen finanziert, um religiöse Dienste zu leisten.

Die Abteilung Solidarität und Entwicklung hat 250 Projekte für Betriebe erhalten, 50 davon wurden bis jetzt finanziert, wodurch Arbeit für 510 Personen geschaffen wurde.

Das Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden in Chile hat den ökumenischen Geist, der geboren ist aus der Liebe zum Nächsten, der Achtung seiner Würde und der Solidarität, in dieser Weise interpretiert: "Klopfet an, so wird Euch aufgetan".



Brasilien

In den beiden letzten Nummern des AIB informierten M. de Sousa und F. Ferreira über die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft und der antifaschistischen Widerstandsbewegung.

Im dritten und abschließenden Teil des Gesprächs mit den beiden Repräsentanten der Brasilianischen Kommunistischen Partei beantworten diese die Frage nach dem Charakter und den Ausmaßen der Expansionspolitik der faschistischen Machthaber ihres Landes. Mit einer Fülle von Detailinformationen und Einzelbeispielen illustrieren die Autoren die brasilianische Politik der Einmischung und Bedrohung gegenüber den Nachbarstaaten Paraguay, Bolivien, Uruguay, Argentinien, Chile und Peru. Deutlich wird, daß der brasilianische Faschismus heute eine große Gefahr für jede fortschrittliche Entwicklung in Lateinamerika darstellt.

Miguel de Sousa, Francisco Ferreira

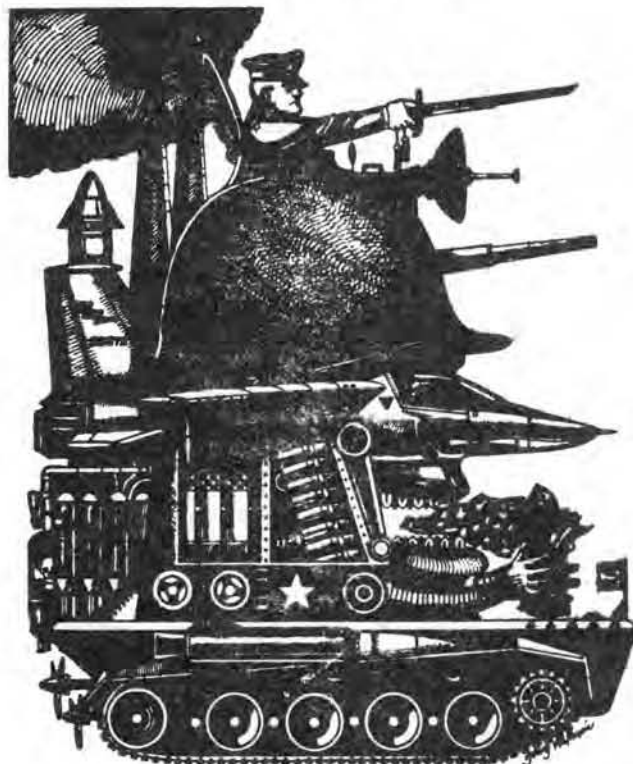
Die brasilianische Expansionspolitik in Lateinamerika

Das Problem des brasilianischen Expansionismus ist international nur unzureichend bekannt. Es muß daher mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, wie die internationalen Monopole Brasilien als Kontroll- und Expansionsbasis für ganz Lateinamerika benutzen.

Gigantisches Aufrüstungsprogramm

In den zehn Jahren der Diktatur entwickelte sich Brasilien zur größten Militärmacht in der Geschichte Lateinamerikas. Während - nach Angaben der konservativen brasilianischen Zeitung Agencia Latina - zwischen 1960 und 1970 die Militärausgaben in den anderen lateinamerikanischen Staaten um 100% gesteigert wurden, erhöhten sie sich in Brasilien um 338%. Alle Streitkräfte - Heer, Marine und Luftwaffe - wurden mit den modernsten Waffen ausgerüstet.¹⁾ Daneben unterstützt die Diktatur die Industriezweige, die ihre Produktion schnell auf Kriegsgüter umstellen können. So kann z.B. die Automobilindustrie in aller kürzester Zeit Aufträge für Militärfahrzeuge entgegennehmen und ausführen. Es sind auch schon Waffenfabriken gebaut worden, ausländische Patente bzw. Produktionslizenzen gekauft worden. In Brasilien können bereits chemische Kampfmittel hergestellt werden.

Am 19.11.1972 wurde ein Vertrag zur Bildung einer Kommission geschlossen, die die wissenschaftliche und technologische Kooperation zwischen Brasilien, der BRD und Südafrika sichern soll. Diese Kommission beschäftigt sich hauptsächlich mit Forschungsaufgaben der Kernenergie und des Raketenbaus. Im selben Jahr begann Brasilien auch den Bau eines Atomkraftwerkes und der konservativste Teil der brasilianischen Presse berichtete, daß dieser Vertrag es Brasilien bald ermögliche, auch eine eigene Atombombe zu bauen.



Wirtschaftliche Expansion

Das ökonomische Wachstum Brasiliens hat im Lande einen Widerspruch entstehen lassen. Es hat den Reichtum in einigen wenigen Händen konzentriert. Langsam sättigt die Produktion diese kleine Parzelle der brasilianischen Bevölkerung und die Produktion muß auf andere lateinamerikanische Länder verteilt werden. Deshalb werden von Brasilien aus Investitionen im übrigen Lateinamerika gemacht.

Das entspricht auch den nordamerikanischen Vorstellungen der 'Verteilung der Verantwortung'. Die USA haben heute selbst nicht die Möglichkeit, in allen Teilen der Welt Unterdrückung und Repression durchzuführen. Deshalb wurde eine Politik wie z.B. die Vietnamisierung Vietnams erdacht. Das heißt, die Vietnamesen bekämpfen die Vietnamesen, oder im Nahen Osten bekämpfen die Israelis die Araber. Und

so wie im Süden Afrikas die Republik Südafrika Kontrollfunktionen ausübt, hat Brasilien in diesem Konzept Aufgaben für Lateinamerika.²⁾ Nixons Kommentar dazu ist: "Wohin Brasilien geht, wird auch der Rest Lateinamerikas gehen!" Und in diesem Sinne konzentrieren sich nicht nur die USA sondern alle imperialistischen Länder auf Brasilien, um von dort aus ganz Lateinamerika zu kontrollieren.

Die brasilianische Expansion ist zunächst einmal wirtschaftlicher Art; das heißt, Brasilien investiert in den Nachbarstaaten. Insbesondere ist man interessiert, in den Anden-Pakt einzutreten, in dem bisher Argentinien, Chile, Bolivien, Peru, Ecuador und Kolumbien Mitglieder sind. Der Eintritt Brasiliens in den Anden-Pakt würde den Warenexport erleichtern und so den imperialistischen Industrien, die in Brasilien angesiedelt sind, dienen.

Wirtschaftlich gesehen ist Brasilien das stärkste Land Lateinamerikas und hat in allen Ländern des Kontinents Banken eröffnet. Es sind Verträge abgeschlossen worden, um z.B. die Rohstoffe aus den anderen lateinamerikanischen Ländern Brasilien zu sichern. Das brachte natürlich einige Konflikte für Brasilien mit sich.

Der La Plata-Konflikt mit Argentinien

Besondere Schwierigkeiten hat es mit Argentinien gegeben. Der Konflikt zwischen beiden Staaten entzündet sich immer wieder an der Diskussion über die Kontrolle des Rio de la Plata-Beckens. Das La Plata-Becken ist ein strategisch sehr wichtiger Punkt Lateinamerikas, weil es an Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Bolivien grenzt. In diesem etwa 15 000 qkm großen Gebiet leben ungefähr 80 Millionen Menschen.

Widersprüche und Konflikte zwischen Brasilien und Argentinien zeigten sich vor allem beim Bau eines Wasserkraftwerkes in dieser Region. Mit dem Bau des Kraftwerks Itaipu, das die chauvinistische brasilianische Presse bereits als größtes Wasserkraftwerk der Welt feiert, wird die brasilianische Diktatur zwei argentinische Projekte unmöglich machen: Itaipu liegt am Parana an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay, etwa 20 km von der argentinischen Grenze entfernt. Die in diesem Kraftwerk gewonnene Energie wird hauptsächlich brasilianischen Industrien in der näheren Umgebung des Kraftwerkes und in Sao Paulo dienen. Das Kraftwerk wird eine ungeheure Wassermenge stauen, die bei einer Öffnung oder Zerstörung des Staudammes einen nicht geringen Teil Argentiniens, Buenos Aires eingeschlossen, überschwemmen könnte. In Argentinien wird das be-

reits als Problem der nationalen Sicherheit diskutiert, aber die brasilianische Diktatur läßt sich natürlich auf keinerlei Gespräche ein. Der Streit um den Rio Parana, der durch Brasilien fließt und in Argentinien in den Atlantik mündet, ist bereits vor die Vereinten Nationen gebracht worden. Die UNO beschloß, daß Flüsse, die durch mehrere Länder fließen und Bodenschätze, die sich über mehrere Länder erstrecken, von allen Staaten genutzt werden können.

Aber Brasilien hält sich nicht an diesen Beschluß. Die brasilianischen Diktatoren haben bereits mit Paraguay ein Abkommen geschlossen, und mit dem baldigen Baubeginn des Kraftwerks ist zu rechnen. Damit spitzt sich die Lage in dieser Region zu. Im vergangenen Jahr trafen sich die kommunistischen Parteien der betroffenen Länder, um dieses Problem zu diskutieren. In einer Resolution wiesen sie auf die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes in diesem Gebiet hin.

Knebelung Paraguays

Nun einige Erläuterungen zum Verhältnis zwischen Brasilien und Paraguay. Es ist bekannt, daß Paraguay im vorigen Jahrhundert zu den am weitesten entwickelten Ländern Lateinamerikas gehörte. Im Krieg der 'Dreier-Allianz', Brasilien, Argentinien und Uruguay gegen Paraguay, in den Jahren 1864-1870 wurden 80% der männlichen Bevölkerung des Landes ermordet, und Paraguay verlor etwa 150 000 qkm seines Territoriums. Und auch in diesem Jahrhundert wurde ein Krieg gegen Paraguay geführt. Im "Chaco"-Krieg (1932-1935) ging es um die Interessen der Standard Oil Co. aus den USA und der britischen Shell, die im "Gran Chaco" Erdölvorkommen vermuteten.

Diese beiden Kriege und die Installierung der faschistischen Stroessner-Diktatur 1954 machten aus Paraguay eines der ärmsten Länder der Welt. Heute hat Paraguay etwa 2 Millionen Einwohner und wird fast vollständig von Brasilien kontrolliert. Brasilianer sind die größten Landbesitzer in Paraguay, militärische Einrichtungen werden von Brasilien beherrscht, und das gesamte kulturelle Leben wird von Brasilien aus beeinflußt. Die brasilianische Militärmission in Paraguay ist heute größer als die der USA.

Paraguays Importe aus Brasilien sind zwischen 1966 und 1972 von 2,5 Mio Dollar auf 29 Mio Dollar angewachsen. Während sich der Import Paraguays aus Brasilien verzehnfacht hat, blieb der Export von Paraguay nach Brasilien nahezu konstant. Das bedeutet, daß Paraguay immer mehr von Brasilien abhängig und immer

mehr an Brasilien gebunden wird. Auch der Vertrag in Bezug auf das Wasserkraftwerk Itaipu wird die Kontrolle Brasiliens verstärken. Er ist auf 50 Jahre festgelegt und darf in diesen 50 Jahren nicht geändert werden. Die Leitung des Werkes besteht aus sechs Direktoren, jeweils drei aus Brasilien und Paraguay, und einem Präsidenten, der Brasilianer ist. Die erzeugte Energie wird für einen bereits festgelegten Preis an Brasilien verkauft. Von der jährlichen Energieproduktion von etwa 2 Mio KW kann Paraguay nicht einmal 5% gebrauchen. Das bedeutet, daß Brasilien mehr als 95% nutzen wird, und die gekaufte Energie wird natürlich in brasilianischer Währung bezahlt. Der brasilianische Cruzeiro wird aber in solch einem Ausmaß Paraguay überschwemmen, daß allein jährlich so viele Cruzeiros ins Land kommen, wie überhaupt an paraguayischer Währung nur in Umlauf ist. Mit dieser Flut von Cruzeiros kann Paraguay aber nichts anderes machen, als Waren aus Brasilien zu importieren. Daher ist verständlich, daß die Opposition in Paraguay darauf hinweist, daß der Vertrag von Itaipu die Unabhängigkeit, ja die Existenz des Landes bedroht. Brasilien hat auch, wie bereits in Uruguay, an der Grenze nach Paraguay mehrere militärische Invasionen durchgeführt. Große Teile des Landes sprechen bereits portugiesisch und viele Geschäfte werden in Cruzeiros abgewickelt. Es gibt sogar Gebiete des Landes, in denen nur noch die brasilianischen Volksfeste gefeiert werden, während die eigenen Volksfeste in Vergessenheit geraten sind.

Diese brasilianische Expansion ist auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß Paraguay eine wichtige strategische Lage auf dem lateinamerikanischen Kontinent hat. Da es in Argentinien keine Eisenerzvorkommen gibt, muß das Land Erze aus Bolivien importieren. Ebenso ist es mit Erdgas. Diese für die argentinische Industrie lebenswichtigen Rohstoffe müssen durch Paraguay transportiert werden. Deshalb erhält Paraguay für Brasilien eine besondere strategische Bedeutung, denn die Machtposition gegenüber Argentinien wird so erheblich gestärkt.

Einnischung in Bolivien

Diese Problematik führt uns direkt zu dem Verhältnis zwischen Bolivien und Brasilien. Es ist sicherlich bekannt, daß die Bank von Brasilien im vergangenen Jahr Streichholzschachteln in Bolivien verteilt hat, die folgende Aufschriften trugen:

"Bolivien, ich liebe Dich. Die Bank von Brasilien."

und

"Bolivien, Du kannst mit mir rechnen. Die Bank von Brasilien."

Vielleicht ist es noch interessant zu erwähnen, daß die Bank von Brasilien in 18 Ländern Niederlassungen hat. Nur in zwei Ländern der Welt hat die Bank jeweils zwei Niederlassungen: in den USA und in Bolivien. Dabei ist Bolivien eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Die beiden Zweigstellen der Bank von Brasilien befinden sich einmal in der Landeshauptstadt, La Paz, und zum anderen in Santa Cruz de la Sierra, eine der reichsten Gebiete Boliviens. Diese Region hat eine vom übrigen Teil des Landes unterschiedliche geschichtliche Entwicklung und kulturelle Prägung. Die politische Opposition Boliviens erinnert an die



Bildung der Republik Acre um die Jahrhundertwende. Acre gehörte zu Bolivien und wurde von brasilianischen Kautschuksammlern besetzt. Einer dieser Brasilianer, Plácido de Castro, rief die Unabhängigkeit der Republik Acre aus und erbat kurz darauf die brasilianische Annexion dieses Gebietes. Auf diese Art und Weise gewann Brasilien ein Gebiet von etwa 300 000 qkm hinzu.

Die bolivianische Opposition erinnert mit Recht an diese Geschehnisse zu Beginn unseres Jahrhunderts. Sie erwartet, daß etwas Ähnli-

ches mit der Region um Santa Cruz de la Sierra geschehen könnte. In der Nähe von Santa Cruz befindet sich mit dem Erzbergwerk El Mutum eines der größten Eisenerzvorkommen der Welt. Aus der Umgebung von Santa Cruz stammt auch das Erdgas, das von Bolivien an Argentinien geliefert wird. Inzwischen hat auch Brasilien einen Handelsvertrag mit Bolivien geschlossen, um Erdgas zu importieren. Die Separationsbewegungen in Santa Cruz werden von Brasilien aus unterstützt und antibolivianische Hetzkampagnen angezettelt.

Es muß auch daran erinnert werden, daß der Militärputsch von 1970 gegen General Torres auch von Santa Cruz ausging, wo brasilianische Militärs Bolivianer ausbildeten, wohin brasilianische Waffen gebracht worden waren, mit denen die Putschisten ausgerüstet wurden. Der Putsch Banzers wurde mit brasilianischen Flugzeugen unterstützt, denen die bolivianischen Kennzeichen aufgemalt worden waren. Für alle Fälle waren auch noch brasilianische Streitkräfte an der bolivianischen Grenze aufmarschiert, um eventuell eingreifen zu können. Bei einer der letzten Lagebesprechungen der Putschisten in Santa Cruz explodierte eine Bombe, die den auch anwesenden brasilianischen Konsul verletzte. Die Anwesenheit des Konsuls bei diesem Treffen, an dem u.a. auch Banzer und der Faschistenführer Gutierrez teilnahmen, beweist einmal mehr die Einmischung Brasiliens in die inneren Angelegenheiten Boliviens. Brasilien hat den Umsturz mit vorbereitet, hat mit Waffenlieferungen den Putsch erst ermöglicht und gleich nach der Machtübernahme Banzers das neue Regime Boliviens wirtschaftlich unterstützt. Bis heute hat Brasilien seinen ökonomi-

schen Einfluß weiter ausgebaut. Es ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der die Erdgaslieferungen von Bolivien an Brasilien regelt und der sich für Brasilien als vorteilhaft erwiesen hat. Außerdem wird auf brasilianischem Gebiet - in der Nähe der Grenze - ein Stahlwerk gebaut, in dem das Eisenerz aus El Mutum verarbeitet wird.

In der gesamten Region Santa Cruz läßt sich das beobachten, was wir auch schon für Paraguay feststellten:

Brasilianische Großgrundbesitzer kaufen immer mehr bolivianisches Land auf, in weiten Teilen zirkulieren brasilianische Cruzeiros, und überall werden die brasilianischen Feiertage gefeiert und verdrängen immer mehr bolivianische Volksfeste.

Bei der letzten Grenzvermessung wurde von brasilianischer Seite aus der Grenzverlauf einfach um 90 km ins Landesinnere von Bolivien verschoben. In Brasilien kümmerte man sich wenig um die bolivianischen Proteste.

Beteiligung am Umsturz in Uruguay

Im Falle Uruguay ist es ähnlich. Bereits im vorigen Jahrhundert marschierte Brasilien mehrere Male in Uruguay ein. Auch heute spricht man wieder von ständigen Grenzverletzungen Brasiliens. Bereits vor dem Putsch im vergangenen Jahr wurde das uruguayische Faschistenblatt "Azul y Blanco" von Brasilien finanziert. Der ehemalige Erziehungsminister der Regierung Bordaberry denunzierte Brasilien und sagte aus, daß die ersten Impulse zum Putsch in Uruguay vom brasilianischen Außenministerium ausgingen. Neben Militärfahrzeugen - übrigens



Treffen der Diktatoren Boliviens (Banzer), Uruguays (Bordaberry), Brasiliens (Geisel) und Chiles (Pinochet) zur Schaffung einer "antimarxistischen Achse" in Lateinamerika.

aus der 'VW do Brasil' Produktion - im Werte von einer Million Dollar wurden Uruguays Diktatoren nach dem Putsch auch mit Erdöl unterstützt.

Außerdem findet man auch in Uruguay - wie schon in Paraguay und Bolivien, daß Brasilianer große Landaufkäufe vornehmen. Es sind bereits große Gebiete des Landes im Besitz von Brasilianern und immer wieder werden in Uruguay brasilianische Pläne aufgedeckt, Uruguay eines Tages zu besetzen. Die Zeitschrift 'Marcha', die inzwischen verboten wurde, veröffentlichte eine brasilianischen Geheimstudie, wie Uruguay innerhalb von 30 Stunden besetzt werden könne. Dieser Plan sollte realisiert werden, falls die 'Volksfront' (Frente Amplio) die Wahl in Uruguay gewonnen hätte. Denn das wäre für Brasilien, so wie sie es nennen, eine Gefahr für die nationale Sicherheit.

Im Jahre 1972 gab es öffentliche Proteste, sogar von der Regierung Uruguays, weil Brasilien die internationalen Radiogesetze verletzte. In Brasilien stehen an der Grenze nach Uruguay 120 Radiostationen, die 24 Stunden täglich ihre Sendungen nach Uruguay ausstrahlen. So ist es in Uruguay leichter, den brasilianischen Rundfunk als Radiosendungen des eigenen Landes zu empfangen.

Im Süden Brasiliens wurden eine Reihe neuer Straßen angelegt, die auf die Grenze nach Uruguay zulaufen und auch für schwere militärische Fahrzeuge geeignet sind. An der Grenze nach Argentinien und Uruguay haben die brasilianischen Diktatoren den größten Militärstützpunkt Lateinamerikas errichtet. In Santa Maria sind die Mirage-Flugzeuge stationiert, die von der französischen Regierung gekauft wurden.

Vielfältiges Engagement in Chile

Die letzte direkte Intervention leisteten sich die brasilianischen Diktatoren beim faschistischen Putsch in Chile. Die brasilianische Beteiligung ist unverkennbar.

Es wird bereits nach brasilianischem Muster ein Repressionsapparat aufgebaut, der den Namen DINAR trägt und in dem 8 000 Agenten beschäftigt sind. Die Ausbildung dieser Spezialeinheit wird von 300 Brasilianern durchgeführt. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Brasilien und Chile waren in der Regierungszeit Allendes eingefroren worden. Gleich nach der Ermordung Allendes erklärte der Präsident des Abgeordnetenrates in Brasilien, Flávio Marcilio, daß "der Sturz Allendes einen Sieg der Demokratie bedeutet". Bereits 48 Stunden nach dem Umsturz erkannte die brasilianische Regierung das faschistische Junta-

Chile an. Am Tage nach dem Putsch flogen Flugzeuge der brasilianischen Luftwaffe Arznei- und Lebensmittel nach Chile ein. Die brasilianische Wirtschaftshilfe zeigte sich sofort in großen Krediten, Zuckerlieferungen (40 000 Tonnen) und in der Eröffnung einer direkten Eisenbahnverbindung von Sao Paulo nach Santiago de Chile.

Die Tatsache, daß brasilianische Folterer unmittelbar nach dem Putsch nach Chile kamen, ist hinreichend bekannt. Wir kennen Brasilianer und Chilenen persönlich, die von Brasilianern gefoltert wurden.

Die 'Washington Post' berichtete von einem Trainingslager der brasilianischen Streitkräfte für die faschistische chilenische Organisation 'Patria y Libertad'. 250 Teilnehmer der 'Patria y Libertad' wurden in Santa Cruz de la Sierra in einem Speziallager, das sich 'Operación Bandeirantes' nannte, von brasilianischen Offizieren ausgebildet. In der gleichen Reportage der 'Washington Post' wird ferner von Brasilianern berichtet, die in Chile psychologische Kampagnen gegen Allende organisierten. Ein weiteres Indiz für die brasilianische Beteiligung am Putsch in Chile sind Waffenlieferungen, die als Automobilersatzteile oder in Kisten mit landwirtschaftlichen Maschinen von Santos aus nach Chile verschifft wurden.

Die enge diplomatische Verbindung der Pinochet-Junta an Brasilien zeigte sich darin, daß der erste Auslandsbesuch Pinochets nach Brasilien führte. Zur Amtsübernahme General Geisels reiste er nach Brasilien und schlug dort während seines Besuches die Bildung einer antimarxistischen Achse in Lateinamerika vor, an der sich die Länder Chile, Bolivien, Paraguay, Uruguay und Brasilien beteiligen könnten.

Bedrohung Perus

Gleich nach Bekanntwerden dieses Vorschlags begann eine Reihe von Provokationen gegen die antiimperialistische und revolutionäre Regierung Perus. Es ist klar, daß die brasilianischen faschistischen Militärs nicht mit freundlichen Blicken auf Peru schauen. Die brasilianische Diktatur verfügt über ausreichende politische wie auch diplomatische Möglichkeiten, diese Provokationen indirekt durchzuführen, ohne Gefahr zu laufen, sich international zu isolieren. Alle von draußen kommenden Provokationen werden von den Militärs unterstützt, und im Lande selbst ist eine Kampagne gegen Peru entfacht worden. "In Peru sind die Sowjets angekommen und bauen Militärbasen auf. In Peru ist ein Regime an die Macht gekommen, das die Sicherheit ganz Lateinamerikas gefährdet."



So und ähnlich klingt es in Brasilien, wenn die Militärs über Peru sprechen.

Wir wollen hier nicht den Eindruck erwecken, daß Brasilien und die brasilianische Militärdiktatur die Hauptfeinde der lateinamerikanischen Völker sind. Nein, die Hauptfeinde Lateinamerikas sind die USA, der Imperialismus im allgemeinen. Die faschistische Militärdiktatur Brasiliens wird nur dazu benutzt, um dem nordamerikanischen Imperialismus als Gendarm, als Polizeiwächter für Lateinamerika zu dienen.

Anmerkungen der Redaktion:

1) 1973 veranschlagte die brasilianische Militärdiktatur vom staatlichen Gesamthaushalt in Höhe von 9.756 Mrd Dollar alleine 932 Mio Dollar für "Verteidigungs"zwecke. Brasiliens Vorherrschaftsansprüche unterstreichen 300.000 Soldaten und enorme Rüstungskäufe. 1973 waren darunter 700 Panzerfahrzeuge (u.a. M 41 25 t - Panzer, M 113 und M 578-Panzer) aus den USA, Panzerabwehrra-

keten aus der BRD, Raketen aus Frankreich, sowie Maschinengewehre aus Italien und Dänemark. Brasiliens Marine erwarb 1973 von den USA 6 Torpedobootzerstörer und 4 U-Boote, von Großbritannien 2 U-Boote, 2 Truppentransporter und 2 Patrouillenboote. Laut Minister A. Macedo will die brasilianische Luftwaffe die Stärke ihrer Fliegerstaffel um 45% erhöhen. 1973 kaufte Brasilien u.a. 16 französische Mirage-Jäger und leitete Verhandlungen zum Kauf von 48 US-Jagdflugzeugen F 5 E, von 5 britischen Truppentransportflugzeugen AVRO 748, von 5 Herkules-Transportern c 130 ein.

2) Brasiliens favorisierte Stellung in der militärpolitischen Strategie des US-Imperialismus in Südamerika zeigt die Tatsache, daß Brasilien den Bärenanteil der US-Militär"hilfe" erhält, die sich 1972 folgendermaßen verteilte:

Brasilien	24,692 Mio	US-Dollar
Argentinien	15,897 "	"
Venezuela	15,734 "	"
Chile	6,000 "	"
Uruguay	2,400 "	"
Peru	0,792 "	"
Bolivien	0,666 "	"

Chile-Solidarität

Zu einer freundschaftlichen Begegnung zwischen Vertretern verschiedener Jugendverbände und Isabel Allende, der Tochter des ermordeten chilenischen Staatspräsidenten, kam es am 20. September d.J. auf einem Empfang des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) in den Räumen der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) - Die Falken in Bonn. Mit Isabel Allende war Jorge Arrate, Exekutivsekretär der Auslandsvertretung der chilenischen Linken, "Chile Democratico", in Rom, zu einem kurzen Besuch in die Bundesrepublik gekommen.



Die chilenischen Gäste dankten dem Komitee und den anwesenden Organisationsvertretern für die zahlreichen Aktionen zur Unterstützung ihres Kampfes, insbesondere während der weltweiten Solidaritätswoche Anfang September.

In ihren Ausführungen zur derzeitigen Lage in Chile ging Isabel Allende auch auf das von der Junta erlassene Statut zur Förderung ausländischer Investitionen ein. Dieses Gesetz stelle, ebenso wie die Reprivatisierung weiter Bereiche der Wirtschaft, einen Verrat an den nationalen Interessen Chiles dar und verstoße gegen internationale Verpflichtungen, die das Land im Rahmen des Andenpaktes eingegangen sei. Isabel Allende teilte mit, daß auf einer Zusammenkunft der chilenischen Linken in Budapest der einmütige Beschluß gefaßt worden sei, bei einer Änderung der politischen Situation in Chile keine diesbezüglichen Abmachungen zwischen der Junta und ausländischen Investoren anzuerkennen. Die investierenden Firmen müßten sich daher des vollen Risikos ihrer Unternehmungen bewußt sein.

Jorge Arrate rief dazu auf, verstärkt auf die

wirtschaftliche Isolierung der Junta hinzuwirken und die Lieferung von Waffen zu verhindern. Von besonderer Bedeutung habe sich dabei die Organisation zahlreicher, örtlich und zeitlich begrenzter Boykottmaßnahmen gegen Handelsgüter, Schiffe und Flugzeuge aus Chile erwiesen.

Chile

General Carlos Prats, Verteidigungsminister der UP-Regierung Allendes, wurde am 30. September 1974 in seinem argentinischen Asyl ermordet. Die Mörder - so heißt es in der einen Version - gehören der "Antikommunistischen Argentinischen Allianz" (AAA), einer reaktionären Terrororganisation an, hinter der der CIA steckt und die in den letzten Jahren über 100 Attentate gegen fortschrittliche Vertreter der Parteien und Gewerkschaften in Argentinien begangen habe. Nach der anderen - nicht minder wahrscheinlichen - Version hat die chilenische Junta diesen Mord auf dem Gewissen. Sie hat zweifellos das "bessere" Motiv: Die Angst, daß Vorbilder wie General Prats oder General Alberto Bachelet, den sie in Haft zu Tode folterten, den Klärungsprozeß innerhalb der Armee fördern könnten. In diesem Sinne kommentierte am 30.9. d.J. Radio Moskau die Ermordung Prats mit den Worten:

"Viele getäuschte Offiziere, die durch den Mechanismus der militärischen Disziplin paralytisch waren und die - politisch verwirrt - zunächst den faschistischen Putsch unterstützten, haben mit der Zeit eine zutiefst kritische Haltung gegenüber der Militärjunta und ihrer Politik eingenommen. Zugleich begannen sie, sich mit wachsendem Respekt der Person und Auffassungen Carlos Prats' zu erinnern. Jüngste Nachrichten aus Chile sprechen von zahlreichen Festnahmen unter den Offizieren der Streitkräfte. Diese Ausstrahlung, dieser geistige Einfluß, dieses wachsende Prestige waren Faktoren, die Carlos Prats in den Augen der fanatischen Totschläger der Militärjunta als eine Gefahr erscheinen ließen. Wenn er eine Gefahr darstellte, so war er es ebenfalls für den nordamerikanischen Imperialismus. In einer Sonderbeilage, die dem Militärputsch vor einem Jahr gewidmet war und die am 11. September d.J. veröffentlicht wurde, unternahm die Tageszeitung 'El Mercurio' keine geringen Anstrengungen, um das Vorbild und die Haltung des General Prats zu verzerren, mit der klaren Absicht, seinem Einfluß auf die Streitkräfte entgegenzuwirken."

Zu Recht muß die Junta all jene fürchten, die durch ihre Person und ihr Wirken das Terrorregime in Frage stellen. Mit grenzenloser Brutalität geht sie gegen ihre Gegner vor: Vor kurzem ermordete sie den Chef des MIR (Bewegung der revolutionären Linken), Miguel Enriquez, und verhaftete seine Begleiterin, Carmen Castillo Echeverria. Ihr Leben ist nun bedroht. Nur durch den Druck der internationalen Solidaritätsbewegung wird sie gerettet werden können, so wie bis heute verhindert wurde, daß Luis Corvalan und andere politische Gefangene, die als politische Vorbilder eine permanente Gefahr für die Junta darstellen, ihrer mörderischen Wut zum Opfer fielen.

Angola

In einem am 3. September 1974 in Brazzaville (VR Kongo) unterzeichneten Kommuniqué bekundeten die Vertreter der drei miteinander rivalisierenden Fraktionen innerhalb der MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) ihre Einigung, die Auseinandersetzungen beizulegen. Kernpunkt dieser unter Berücksichtigung fortbestehender Differenzen geschlossenen Übereinkunft ist die Bildung einer MPLA-Führung, die ihre Aufgaben bis zum nächsten Kongreß der Befreiungsbewegung nach Erlangen der Unabhängigkeit wahrnehmen soll; demnach soll

1. ein 39-köpfiges Zentralkomitee gebildet werden aus 16 Vertretern der bisherigen Führungsgruppe Agostinho Netos, 13 der Gruppe Daniel Chipendas sowie 10 der "Active Rebellion" genannten Fraktion Joaquin Pinto de Andrades;
2. das neunköpfige Politbüro aus je drei Repräsentanten der drei Fraktionen bestehen;
3. Agostinho Neto Präsident der MPLA bleiben, während Chipenda und Andrade Vizepräsidenten werden;
4. Präsident und Vizepräsidenten sollen zum Politbüro gehören.

Mit dieser Einigung wird eine Phase von Auseinandersetzungen in der MPLA abgeschlossen, die sich über die letzten Jahre erstreckte und zu deren Hauptstreitpunkten die Gewichtung von politischem und militärischem Kampf ebenso zählt wie das Verhältnis zu den anderen afrikanischen Bewegungen in Angola, der FNLA des Holden Roberto und der Spalterorganisation Unita. Deutlichster Ausdruck dieser Situation war das Scheitern des ersten MPLA-Kongresses seit Aufnahme des bewaffneten Kampfes im August d.J. in Lusaka, der nach dem Auszug der Neto-Gruppe zwar als Rumpfkongreß noch Beschlüsse faßte, die jedoch z.B. keine Anerkennung der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) mehr fanden.

Angesichts der gespannten Lage in Angola im Dekolonisierungsprozeß sowie des schweren Rückschlages, den eine Spaltung der stärksten und erfolgreichsten Befreiungsbewegung für den Unabhängigkeitskampf bedeutet hätte, kamen die drei Fraktionsrepräsentanten am Rande der 9. Konferenz der Staatschefs Ost- und Zentralafrikas in Brazzaville zu der notwendigen Einigung.

Mit der vorläufigen Beendigung der Auseinandersetzungen sind die Differenzen selbst nicht ausgeräumt, zumal sie die notwendigerweise innerhalb einer Befreiungsbewegung stattfindenden Diskussionen und Differenzen über Zielsetzungen und Methoden widerspiegeln. Andererseits ist jedoch der entscheidende Schritt getan zur Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit der MPLA und - wie es im Kommuniqué heißt - zur "Wahrung und Stärkung der Einheit, um angesichts des gemeinsamen Gegners den Kampf zu intensivieren bis zum endgültigen Sieg".

(Kommuniqué der MPLA vom 3.9.1974, Brazzaville)

Agostinho Neto
Präsident



RSV / Saigon

Für die demokratischen Kräfte Südvietnams war die Situation nie günstiger als heute, im Kampf für die Verwirklichung des Pariser Abkommens entscheidende Erfolge zu erzielen. In

den letzten Wochen erlebte das Land riesige Protestaktionen gegen die Thieu-Diktatur. Die südvietnamesische Bevölkerung, die unerträgliche materielle Not leidet, ist zutiefst verbittert über die Korruption und Verkommenheit der Thieu-Clique, die sich am Elend des Volkes mit Spekulationen, Schwarzmarktgeschäften, Rauschgifthandel etc. gesundstößt. In einem von der "Volksbewegung gegen die Korruption, für das nationale Wohl und die Herstellung des Friedens" in Hué veröffentlichten Dokument heißt es dazu:

"Seit Jahren wandte sich Präsident Thieu in der Öffentlichkeit gegen den Handel und den Gebrauch von Rauschgift.... Nach dem Buch von Mac Coy (The politics of heroin in Southeast Asia), 1972 in New York erschienen, stehen jedoch... Präsident Thieu und sein Ministerpräsident Tran Thieu Khiem an der Spitze der Drogenhandelsorganisationen in Südvietnam. Das Buch ist übrigens hier verboten...."

Die Isolation des Regimes wächst von Tag zu Tag. Auch Kräfte, die bisher am demokratischen Kampf nicht aktiv teilnahmen, setzen sich nunmehr gegen die Tyrannei zur Wehr. Katholiken und Buddhisten, Journalistenverbände und Zeitungsverleger, demokratische Massenorganisationen und Parlamentsabgeordnete - sie vertre-

ten, bei aller Unterschiedlichkeit ihrer politischen und weltanschaulichen Positionen, immer konsequenter die Forderung: Schluß mit dem Hunger, Schluß mit der Korruption, fort mit Thieu, Wiederherstellung des Friedens auf der Grundlage des Pariser Abkommens! So schrieb z.B. die Saigoner Zeitung "Dien Tin":

"Die Pressefreiheit und die Verwirklichung des Pariser Abkommens sind zwei Aspekte des gleichen Problems. Die Regierung (N.V.Thieu) kann nicht abstreiten, das Pariser Abkommen am 27. Januar 1973 unterzeichnet zu haben.... Sie kann nicht wiederlegen, daß die Pressefreiheit in Südvietnam nicht existiert und daß die (Regierungs-)Erlasse 019 und 007 aufs gröbste den Artikel 11 des Pariser Abkommens verletzen."

Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams hat ihrerseits erklärt, daß sie bereit sei, "nach dem Sturz Thieus mit jeder Regierung in Saigon zu verhandeln, die gewillt ist, mit uns gemeinsam das Pariser Abkommen zu erfüllen und den Frieden in Südvietnam wiederherzustellen".

(Quellen: Süddeutsche Zeitung vom 17.9.-11.10.1974, Unsere Zeit vom 12.10.1974, Bulletin d'Information Nr. 10 vom 1.10.1974)

Kongress für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Erfolgreich im Kampf



für die Entspannung

Am 7. Dezember 1974 findet in Bonn-Bad Godesberg der Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit statt, den ein breiter Kreis von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus der Bundesrepublik trägt.

Eine besondere Arbeitsgruppe des Kongresses wird der internationalen Entspannung und den Problemen der Entwicklungsländer gewidmet sein.

In verschiedenen Beiträgen hat das AIB wiederholt darauf hingewiesen, wie durch ein Fortschreiten des internationalen Entspannungsprozesses auch bessere Kampfbedingungen für die nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen in den Ländern der "Dritten Welt" geschaffen, sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt in den jungen Nationalstaaten beschleunigt werden.

Das AIB bittet seine Leser um Beachtung des beiliegenden Aufrufs.